

Satzung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation

Stand: Dezember 2022



Abschnitt I

Name, Sitz, Rechtsstellung, Aufgabe, Zuständigkeit, Bezirksverwaltungen

§ 1	Name, Sitz, Rechtsstellung	10
§ 2	Aufgaben.....	10
§ 3	Sachliche Zuständigkeit.....	11
§ 4	Örtliche Zuständigkeit, Bezirksverwaltungen.....	15
§ 5	Zuständigkeit für Versicherte.....	15
§ 6	Begriff der Unternehmerin/des Unternehmers, Beginn und Ende der Zuständigkeit	15

Abschnitt II

Verfassung

§ 7	Selbstverwaltungsorgane der Berufsgenossenschaft.....	16
§ 8	Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane.....	16
§ 9	Vorsitzende der Selbstverwaltungsorgane.....	17
§ 10	Amtsdauer und Wiederwahl der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane	17
§ 11	Erledigungsausschüsse	17
§ 12	Ehrenämter.....	18
§ 13	Aufgaben der Vertreterversammlung	18
§ 14	Vertretung der Berufsgenossenschaft gegenüber dem Vorstand	20
§ 15	Sitzungen und Beschlussfassung der Selbstverwaltungsorgane	21
§ 16	Vertretung der Berufsgenossenschaft durch Vorstand und Geschäftsführung	23
§ 17	Aufgaben des Vorstandes	24
§ 18	Beanstandung von Beschlüssen der Selbstverwaltungsorgane.....	26
§ 19	Geschäftsführung	27
§ 20	Rentenausschüsse.....	27
§ 21	Widerspruchs- und Einspruchsausschüsse	28
§ 22	Ausschüsse von Vertreterversammlung und Vorstand	29
§ 23	Präventionsausschuss und Präventionsfachausschüsse	29
§ 24	(weggefallen).....	29

Abschnitt III

Anzeige- und Unterstützungspflicht der Unternehmerinnen/Unternehmer

§ 25	Anzeige der Unfälle und Berufskrankheiten	29
§ 26	Unterstützung der Berufsgenossenschaft durch die Unternehmerinnen/Unternehmer	31

Abschnitt IV

Aufbringung der Mittel

§ 27	Beiträge	32
§ 28	Gefahrtarif, Veranlagung der Unternehmen zu den Gefahrklassen	33
§ 29	(weggefallen)	34
§ 30	Lohnnachweis	34
§ 30a	(weggefallen)	34
§ 31	Beitragsausgleichsverfahren	35
§ 32	Einforderung von Beiträgen und Beitragsvorschüssen	36
§ 33	Säumniszuschläge	37

Abschnitt V

Finanzierung der nach dem BUK-NOG übertragenen Aufgaben

§ 34	Kostenerstattung	37
------	------------------------	----

Abschnitt VI

Wechsel der Unternehmerin/des Unternehmers, Änderung im Unternehmen und in seiner Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft

§ 35	Anzeige der Veränderung, Haftung für Beiträge	38
§ 36	Sicherstellung der Beiträge	39

Abschnitt VII

Leistungen

§ 37	Umfang der Leistungen, Jahresarbeitsverdienst.....	40
------	--	----

Abschnitt VIII

Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren

§ 38	Allgemeines.....	41
§ 39	Bekanntmachung der Unfallverhütungsvorschriften, Unterrichtung der Unternehmerinnen/Unternehmer sowie der Versicherten	43
§ 40	Aufsichtsdienst, Aufsichtspersonen, Befugnisse der Aufsichtspersonen, Überwachung und Beratung der Unternehmen	43
§ 41	Sicherheitsbeauftragte	45
§ 42	Aus- und Fortbildung.....	46
§ 43	Überbetrieblicher arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst.....	46
§ 44	Aufbringung der Mittel für den überbetrieblichen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Dienst	48

Abschnitt IX

Gesetzliche Versicherung und Beitragsberechnung der Küstenschifferinnen/Küstenschiffer, Küstenfischerinnen/Küstenfischer sowie ihrer im Unternehmen tätigen Ehegattinnen/Ehegatten oder Lebenspartnerinnen/Lebenspartner

§ 45	Meldepflicht, Beitragserhebung und Zusatzversicherung	49
------	---	----

Abschnitt X

Ausdehnung der Versicherung

Erster Unterabschnitt

Pflichtversicherung der Unternehmerinnen/Unternehmer kraft Satzung

§ 46	Kreis der Versicherten	50
§ 47	Versicherungssumme	51
§ 48	Zusatzversicherung.....	52
§ 49	Umfang und Beginn der Leistungen.....	52
§ 50	Beendigung der Versicherung	53
§ 51	Versicherungsschein.....	53

Zweiter Unterabschnitt

Freiwillige Versicherung

§ 52	Kreis der Versicherungsberechtigten	54
§ 53	Antrag, Versicherungssumme.....	54
§ 54	Beitrag.....	54
§ 55	Beginn der Versicherung	55
§ 56	Umfang und Beginn der Leistungen.....	55
§ 57	Änderung der Versicherungssumme	55
§ 58	Beendigung der Versicherung	56
§ 59	Versicherungsschein.....	56

Dritter Unterabschnitt

Versicherung anderer Personen kraft Satzung

§ 60	Versicherung nicht im Unternehmen beschäftigter Personen	56
§ 61	Versicherung deutscher Seeleute auf ausländischen Schiffen	57

Abschnitt XI

Ordnungswidrigkeiten und Geldbußen

§ 62	Ordnungswidrigkeiten	57
§ 63	Geldbußen gegen Vertretungsberechtigte und Beauftragte	58
§ 64	Geldbußen bei Verletzung der Aufsichtspflicht	59

Abschnitt XII

Übergangsregelungen zur Vereinigung der Berufsgenossenschaft für Fahrzeughaltungen und der See-Berufsgenossenschaft

Erster Unterabschnitt

Übergangsregelungen nach § 118 Absatz 1 Satz 3 und 6 SGB VII zur Verfassung der Berufsgenossenschaft

§ 65	(weggefallen)	60
------	---------------------	----

Zweiter Unterabschnitt

Übergangsregelungen nach § 118 Absatz 1 Satz 3 und 4 SGB VII über die Gefahrtarif- und Beitragsgestaltung

§ 66	(weggefallen)	61
------	---------------------	----

Erster Titel

Übergangsvorschriften für die Unternehmen der Seefahrt

§§ 67 bis 74	(weggefallen)	61
--------------	---------------------	----

Zweiter Titel

Gemeinsame Übergangsvorschriften

§§ 75 bis 77	(weggefallen)	62
--------------	---------------------	----

Dritter Unterabschnitt

Sonstige Übergangsregelungen

§§ 78 bis 80 (weggefallen)62

Abschnitt XIII

Übergangsregelungen zur Errichtung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation

Erster Unterabschnitt

Übergangsregelungen nach Artikel 2 Abschnitt 1 § 3 Absatz 2, Abschnitt 3 §§ 10 ff. BUK-NOG i. V. m. § 118 Absatz 1 Satz 3 und 6 SGB VII zur Verfassung der Berufsgenossenschaft

§ 81 Einführungsvorschrift.....63
§ 82 Aufbauorganisation, Sparte und Zuständigkeit.....63
§ 83 Selbstverwaltungsorgane.....64
§ 84 Standorte und Spartensitz64
§ 85 Spartenversammlung.....65
§ 86 Aufgaben der Spartenversammlung65
§ 87 Spartenbeirat66
§ 88 Aufgaben des Spartenbeirates67
§ 89 Abstimmungen68
§ 90 Präventionsfachausschuss für Post, Postbank, Telekom69
§ 91 Anwendbare Vorschriften69

Zweiter Unterabschnitt

Übergangsregelungen nach Artikel 2 Abschnitt 4 § 13 BUK-NOG i. V. m. § 118 Absatz 1 Satz 4 und Satz 6 sowie Absatz 4 Satz 1 SGB VII über die Gefahrntarif- und Beitragsgestaltung

§ 92 Gefahrntarif.....70
§ 93 Verteilung der Lasten und Umlage.....71
§ 94 Nachlässe.....73
§ 95 Zugehörigkeit zu einem der bisherigen Zuständigkeitsbereiche.....73

§ 96 Vermögen73

Dritter Unterabschnitt

Übergangsregelungen nach Artikel 2 Abschnitt 1 § 3 Absatz 2, Abschnitt 2 § 8 BUK-NOG i. V. m. § 118 Absatz 1 Satz 5 SGB VII zur Geschäftsführung der Berufsgenossenschaft

§ 97 Geschäftsführung74

Abschnitt XIV

Schlussbestimmungen

§ 98 Veröffentlichungen74

§ 99 Inkrafttreten75

Anlage zu § 27 Absatz 7 der Satzung der Berufsgenossenschaft
Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation.....77

Genehmigung78

1. Nachtrag.....78

2. Nachtrag79

3. Nachtrag79

4. Nachtrag.....80

5. Nachtrag80

6. Nachtrag.....81

7. Nachtrag.....81

8. Nachtrag.....82

Abkürzungen

EGStGB	=	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
OWiG	=	Ordnungswidrigkeitengesetz
RVO	=	Reichsversicherungsordnung
SGB I	=	Erstes Buch Sozialgesetzbuch „Allgemeiner Teil“
SGB IV	=	Viertes Buch Sozialgesetzbuch „Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung“
SGB VI	=	Sechstes Buch Sozialgesetzbuch „Gesetzliche Rentenversicherung“
SGB VII	=	Siebtens Buch Sozialgesetzbuch „Gesetzliche Unfallversicherung“
SGB X	=	Zehntes Buch Sozialgesetzbuch „Verwaltungsverfahren“
SGG	=	Sozialgerichtsgesetz

Satzung der Berufsgenossenschaft
Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation

Abschnitt I

Name, Sitz, Rechtsstellung, Aufgabe, Zuständigkeit, Bezirksverwaltungen

§ 1

Name, Sitz, Rechtsstellung

- (1) Die Berufsgenossenschaft führt den Namen Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation (BG Verkehr). Sie hat ihren Sitz in Hamburg.
- (2) Sie ist eine rechtsfähige bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung; sie ist befugt, den Bundesadler im Dienstsiegel zu führen.
- (3) Die Berufsgenossenschaft besitzt nach Artikel 2 Abschnitt 1 § 4 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes zur Neuorganisation der bundesunmittelbaren Unfallkassen, zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes und zur Änderung anderer Gesetze (BUK-Neuorganisationsgesetz – BUK-NOG) Dienstherrnfähigkeit.

§ 2

Aufgaben

- (1) Die Berufsgenossenschaft ist Träger der gesetzlichen Unfallversicherung.
- (2) Aufgabe der Berufsgenossenschaft ist es,
 1. mit allen geeigneten Mitteln Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sowie arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten und für eine wirksame Erste Hilfe zu sorgen (§§ 1 Nummer 1, 14 Absatz 1 SGB VII),
 2. nach Eintritt von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Versicherten mit allen geeigneten Mitteln wiederherzustellen und sie oder ihre Hinterbliebenen durch Geldleistungen zu entschädigen (§ 1 Nummer 2 SGB VII).

Abschnitt I

(3) Der Berufsgenossenschaft obliegt

1. die Durchführung der übertragenen Bundesaufgaben im Bereich der Seeschifffahrt, des Seearbeitsrechts, des Seeärztlichen Dienstes sowie der Aufgaben der benannten Stelle nach der Schiffsausrüstungsrichtlinie 96/98/EG,
2. die Durchführung der folgenden übertragenen Bundesaufgaben:
 - a) die Unfallfürsorge einschließlich Prävention für die Beamtinnen/Beamten mit Ausnahme der nach den §§ 36 bis 43 des Beamtenversorgungsgesetzes zu gewährenden Leistungen,
 - b) die Gewährung von Sachschadenersatz nach § 78 des Bundesbeamtengesetzes,
 - c) die Geltendmachung eines Schadenersatzanspruchs nach § 76 des Bundesbeamtengesetzes

für die in § 121 Absatz 2 Nummer 3 bis 8 SGB VII genannten Unternehmen; die Unternehmen haben die Kosten zu erstatten.

(4) Darüber hinaus übernimmt die Berufsgenossenschaft nach Maßgabe entgeltlicher Geschäftsbesorgungsverträge, die sie mit ihren in § 121 Absatz 2 Nummer 3 bis 8 SGB VII genannten Mitgliedsunternehmen schließt, für diese folgende Aufgaben:

1. die Gewährung von Sachschadenersatz bei Arbeitsunfällen der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer der Mitgliedsunternehmen
2. die Regelung der wegen unfallbedingter Arbeitgeberleistungen übergeleiteten Schadenersatzansprüche.

§ 3

Sachliche Zuständigkeit

(1) Die Berufsgenossenschaft ist über § 122 SGB VII hinaus sachlich zuständig für die Unternehmen und Unternehmensarten, für die die Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft sowie die Unfallkasse Post und Telekom bis zum 31. Dezember 2015 zuständig waren.

(2) Sachlich zuständig ist die Berufsgenossenschaft insbesondere für Unternehmen folgender Gewerbszweige:

1. das gesamte straßengebundene Verkehrsgewerbe mit seinen Einrichtungen,
2. die Luftfahrt mit ihren Einrichtungen,
3. die Binnenschifffahrt mit ihren Einrichtungen,
4. die Seefahrt mit ihren Einrichtungen, soweit sich nicht aus den Vorschriften des Fünften Kapitels, Zweiter Abschnitt, Dritter Unterabschnitt des Siebten Buches Sozialgesetzbuch eine Zuständigkeit der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ergibt,
5. die Post-Logistik mit ihren Einrichtungen

und die jeweils artverwandten Unternehmen.

Hierunter fallen unter anderem:

Zu 1:

1.1 Güterverkehr

gewerblicher Güterkraftverkehr einschließlich Kraftwagenspedition, Transport- und Transportlogistikunternehmen, Möbelspedition, Autokranunternehmen, genehmigungsfreier Güterkraftverkehr, Kurier-, Express- und Paketdienste, Briefdienste, Kfz-Überführung, Abschleppdienst, Geld-, Wert- und Belegtransport.

1.2 Städtereinigung und Entsorgungswirtschaft

Abfall- und Reststoffbeförderung, Müllabfuhr, Kanalreinigung und Kanaluntersuchung, Straßenreinigung einschließlich Winterdienst, Industriereinigung, Wiederaufbereitung und Verwertung von Alt-, Abfall- und Wertstoffen.

1.3 Personenbeförderung

Taxen- und Mietwagenunternehmen, Omnibusunternehmen, Schülerinnen-/Schülerbeförderung, Beförderung von Menschen mit Behinderungen, Krankentransport und Rettungsdienst.

Abschnitt I

1.4 Sonstige Unternehmen

Fahrschulen, Bestattungsunternehmen, Autovermietungen, Autowäsche und -pflege, Parkhäuser, Garagen, Autohöfe, gewerbsmäßige Reittier-, Gespann- und Stallhaltungen, Einrichtungen und Unternehmen, die dem Verkehrsgewerbe unmittelbar dienen.

Zu 2:

Luftfahrtunternehmen aller Art, Logistikunternehmen, Fliegerschulen, Flughäfen und Flugplätze, Bodendienste für Luftfahrtunternehmen (Wartung, Reparatur, Reinigung und Versorgung, Abfertigungs- und Sicherheitsdienst, Kundenbetreuung).

Zu 3:

Beförderung von Gütern auf Binnengewässern, Beförderung von Personen auf Binnengewässern einschließlich Bordwirtschaften, Ewerfuhrierei, Baggerei auf schiffbaren Binnengewässern zum Zwecke der Erhaltung der Schiffbarkeit, Bergung, Hebung und Leichterung von Schiffen sowie Taucherei und Flusskabelverlegungen, Flößerei, Vermietung von Schuten aller Art, Bootshäuser, Vermietung von Ruder-, Paddel-, Tret-, Segel- und Motorbooten sowie von Yachten, Schiffshebewerke, Schleusen, Stauwerke und Wehre, Schiffsbefestigung, Schiffsbewachung, Motorbootfahrschulen und Segelschulen.

Zu 4:

Betrieb von Schiffen, die dem Erwerb durch Seefahrt dienen (Kauffahrteischiffe), sowie von sonstigen zur Seefahrt bestimmten Schiffen (Nichterwerbsschiffe).

Als Seefahrt gilt

- a) die Fahrt außerhalb der Seegrenze,
- b) die Fahrt auf Buchten, Haffen und Watten der See,
- c) für die Fischerei auch die Fahrt auf anderen Gewässern, die mit der See verbunden sind, bis zu der durch die Seeschiffahrtsstraßen-Ordnung bestimmten inneren Grenze,
- d) das Fischen ohne Fahrzeug auf den in Buchstaben a bis c genannten Gewässern (§ 121 Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 3 SGB VII).

Zu 5:

Sämtliche stationäre und mobile Postdienste einschließlich lizenzierter Brief- und Zustelldienste sowie die Unternehmen nach Maßgabe des § 121 Absatz 2 Nummer 4 und 5 SGB VII, die unmittelbar und überwiegend Postaufgaben erfüllen oder diesen Zwecken wie Hilfsunternehmen dienen.

(3) Die Berufsgenossenschaft ist auch zuständig für die Telekommunikations- und Bankunternehmen nach Maßgabe des § 121 Absatz 2 Nummer 4 und 5 SGB VII, die unmittelbar und überwiegend Telekommunikations- oder Postbankaufgaben erfüllen oder diesen Zwecken wie Hilfsunternehmen dienen. Sie ist weiter zuständig für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost und deren durch Satzung anerkannten Selbsthilfeeinrichtungen. Die Zuständigkeit erstreckt sich weiter auf die betrieblichen Sozialeinrichtungen und die Museumsstiftung Post und Telekommunikation.

(4) Die Berufsgenossenschaft ist für sich und ihre eigenen Unternehmen zuständig (§ 132 SGB VII).

(5) Die Berufsgenossenschaft ist auch zuständig für verschiedenartige Neben- und Hilfsunternehmen, wenn sie für das Hauptunternehmen zuständig ist (§ 131 Absatz 1 SGB VII).

Die Zuständigkeit erstreckt sich auf Neben- und Hilfsunternehmen, die Seefahrt betreiben, welche über den örtlichen Verkehr hinausreicht, wenn das Hauptunternehmen in den Zuständigkeitsbereich einer anderen Berufsgenossenschaft fällt (§ 131 Absatz 3 Nummer 1 SGB VII).

(6) Das Hauptunternehmen bildet den Schwerpunkt des Unternehmens. Hilfsunternehmen dienen überwiegend den Zwecken anderer Unternehmensbestandteile. Nebenunternehmen verfolgen überwiegend eigene Zwecke.

(7) Absatz 5 Satz 1 gilt nicht für landwirtschaftliche Nebenunternehmen mit einer Größe von mehr als fünf Hektar, Friedhöfe sowie Nebenunternehmen des Wein-, Garten- und Tabakbaus und anderer Spezialkulturen in einer Größe von mehr als 0,25 Hektar.

§ 4 Örtliche Zuständigkeit, Bezirksverwaltungen

- (1) Die örtliche Zuständigkeit der Berufsgenossenschaft erstreckt sich auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Die Berufsgenossenschaft hat Bezirksverwaltungen in Hamburg, Hannover, Berlin, Dresden, Wuppertal, Wiesbaden, München und Tübingen.
- (3) Die Bezirksverwaltungen sind Geschäftsstellen der Berufsgenossenschaft ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

§ 5 Zuständigkeit für Versicherte

Die Zuständigkeit für Versicherte bestimmt sich nach der Zuständigkeit für das Unternehmen (§§ 3 und 4 der Satzung), für das die Versicherten tätig sind oder zu dem sie in einer besonderen, die Versicherung begründenden Beziehung stehen (§ 133 SGB VII).

§ 6 Begriff der Unternehmerin/des Unternehmers, Beginn und Ende der Zuständigkeit

- (1) Unternehmerin/Unternehmer ist
 1. diejenige natürliche oder juristische Person, der das Ergebnis des Unternehmens unmittelbar zum Vor- oder Nachteil gereicht (§ 136 Absatz 3 Nummer 1 SGB VII),
 2. beim Betrieb eines Seeschiffs die Reederin/der Reeder (§ 136 Absatz 3 Nummer 4 SGB VII).

Die Zuständigkeit beginnt mit der Eröffnung des Unternehmens oder der Aufnahme der vorbereitenden Arbeiten für das Unternehmen (§ 136 Absatz 1 Satz 2 SGB VII).

- (2) Die Berufsgenossenschaft stellt Beginn und Ende ihrer Zuständigkeit für ein Unternehmen durch schriftlichen Bescheid gegenüber der Unternehmerin/dem Unternehmer fest (§ 136 Absatz 1 Satz 1 SGB VII).

(3) Die Unternehmerinnen/Unternehmer haben die in ihrem Unternehmen tätigen Versicherten darüber zu unterrichten,

1. welcher Unfallversicherungsträger für das Unternehmen zuständig ist und
2. an welchem Ort sich die für die Entschädigungen zuständige Geschäftsstelle der Berufsgenossenschaft befindet (§ 138 SGB VII).

Abschnitt II

Verfassung

§ 7

Selbstverwaltungsorgane der Berufsgenossenschaft

Selbstverwaltungsorgane der Berufsgenossenschaft sind Vertreterversammlung und Vorstand (§ 31 Absatz 1 Satz 1 SGB IV).

§ 8

Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane

(1) Die Vertreterversammlung setzt sich aus je 30 Vertreterinnen/Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber zusammen (§ 43 Absatz 1 Satz 1 und 2, § 44 Absatz 1 Nummer 1 SGB IV).

(2) Der Vorstand besteht aus je 14 Vertreterinnen/Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber (§§ 43 Absatz 1 Satz 1, 44 Absatz 1 Nummer 1 SGB IV). Die Geschäftsführung gehört dem Vorstand mit beratender Stimme an (§§ 31 Absatz 1 Satz 2, 36 Absatz 4 Satz 4 SGB IV).

(3) Ein Mitglied, das verhindert ist, wird durch eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter vertreten. Stellvertreterinnen/Stellvertreter sind die als solche in der Vorschlagsliste benannten und verfügbaren Personen in der Reihenfolge ihrer Aufstellung bis zu einer Zahl, die die der Mitglieder um vier übersteigt. Mitglieder, die eine persönliche Stellvertretung nach Satz 4 haben, bleiben hierbei unberücksichtigt. Anstelle einer Stellvertretung nach Satz 2 können für einzelne oder für alle Mitglieder des Vorstandes in der Vorschlagsliste eine erste und zweite persönliche Stellvertretung benannt werden (§ 43 Absatz 2 SGB IV).

Abschnitt II

(4) Der Vertreterversammlung können höchstens je zehn und dem Vorstand höchstens je vier Beauftragte der Gewerkschaften oder sonstiger Arbeitnehmervereinigungen – als Vertreterinnen/Vertreter der Versicherten – und Beauftragte der Vereinigungen von Arbeitgeberinnen/Arbeitgebern – als Vertreterinnen/Vertreter der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber – angehören (§ 51 Absatz 4 Satz 2 SGB IV).

(5) Nicht wahlberechtigt ist, wer an dem in der Wahlausschreibung bestimmten Tag fällige Beiträge nicht bezahlt hat; nicht wählbar ist, wer am Tage der Wahlausschreibung fällige Beiträge nicht bezahlt hat (§ 50 Absatz 3, § 51 Absatz 7 SGB IV).

§ 9

Vorsitzende der Selbstverwaltungsorgane

(1) Vertreterversammlung und Vorstand wählen aus ihrer Mitte je eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden. Die eine Person muss der Gruppe der Versicherten und die andere der Gruppe der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber angehören (§ 62 Absatz 1 SGB IV).

(2) Die Vorsitzenden der Vertreterversammlung und des Vorstandes dürfen nicht derselben Gruppe (Versicherte oder Arbeitgeberin/Arbeitgeber) angehören.

(3) Der Vorsitz in den Selbstverwaltungsorganen wechselt zwischen der oder dem Vorsitzenden und der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden von Jahr zu Jahr, jedoch nicht vor Ablauf eines Jahres (§ 62 Absatz 3 Satz 1 SGB IV).

§ 10

Amtsdauer und Wiederwahl der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane

Die Amtsdauer der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane beträgt sechs Jahre; sie endet jedoch unabhängig vom Zeitpunkt der Wahl mit dem Zusammentritt der in den nächsten allgemeinen Wahlen neu gewählten Selbstverwaltungsorgane. Die Mitglieder bleiben im Amt, bis ihre Nachfolgerinnen/Nachfolger das Amt antreten. Die Wiederwahl ist zulässig (§ 58 Absatz 2 SGB IV).

§ 11

Erledigungsausschüsse

Die Vertreterversammlung und der Vorstand können die Erledigung einzelner Aufgaben,

die nicht Gegenstände der autonomen Rechtsetzung betreffen, Ausschüssen übertragen. Zu den Mitgliedern dieser Ausschüsse können bis zur Hälfte der Zahl der Mitglieder einer jeden Gruppe, auch Stellvertreterinnen/Stellvertreter von Mitgliedern eines Selbstverwaltungsorgans, bestellt werden. Die Selbstverwaltungsorgane können die Stellvertretung für die Ausschussmitglieder abweichend von § 8 Absatz 3 der Satzung regeln (§ 66 Absatz 1 SGB IV).

§ 12 Ehrenämter

(1) Das Amt der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane ist ein Ehrenamt. Die Stellvertreterinnen/Stellvertreter haben für die Zeit, in der sie die Mitglieder vertreten oder andere ihnen übertragene Aufgaben wahrnehmen, die Rechte und Pflichten eines Mitgliedes (§ 40 Absatz 1 SGB IV).

(2) Die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane haften für den Schaden, welcher der Berufsgenossenschaft aus einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Verletzung der ihnen obliegenden Pflichten entsteht. Bei Verletzung einer ihnen Dritten gegenüber obliegenden Amtspflicht richtet sich die Haftung nach § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und nach Artikel 34 des Grundgesetzes (§ 42 Absatz 1 und 2 SGB IV).

(3) Für den Ersatz von Auslagen und entgangenem Verdienst sowie für die Gewährung von Pauschbeträgen für Zeitaufwand an die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane gilt § 41 SGB IV.

(4) Die Entschädigungen der ehrenamtlich Tätigen der Berufsgenossenschaft werden in der Entschädigungsregelung festgelegt (§ 41 Absatz 1 und 3 SGB IV).

(5) Die Mitglieder der Selbstverwaltung sind verpflichtet, das Sozialgeheimnis zu wahren (§ 35 SGB I).

§ 13 Aufgaben der Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Wahl und Abberufung der oder des Vorsitzenden und der oder des stellvertretenden Vorsitzenden (§ 62 Absatz 1 und 5 SGB IV),

Abschnitt II

2. Wahl der Mitglieder des Vorstandes und der Stellvertreterinnen/Stellvertreter (§ 52 SGB IV),
3. Beschlussfassung über ihre Geschäftsordnung (§ 63 Absatz 1 SGB IV),
4. Wahl der Mitglieder der Geschäftsführung auf Vorschlag des Vorstandes (§ 36 Absatz 4 Satz 1 SGB IV, § 17 Nummer 2 der Satzung),
 - 4a. Wahl der/des Vorsitzenden der Geschäftsführung aus deren Mitte auf Vorschlag des Vorstandes (§ 36 Absatz 4 Satz 1 SGB IV, § 17 Nummer 2a der Satzung),
5. Beschlussfassung über die Satzung und ihre Nachträge (§ 33 Absatz 1 SGB IV),
6. Beschlussfassung über die Unfallverhütungsvorschriften (§ 15 Absatz 1 SGB VII),
7. Feststellung des Haushaltsplans (§ 70 Absatz 1 Satz 2 SGB IV); § 17 Nummer 8 und 9 der Satzung bleiben unberührt,
8. Entlastung des Vorstandes und der Geschäftsführung wegen der Jahresrechnung (§ 77 Absatz 1 Satz 2 SGB IV),
9. Beschlussfassung über den Gefahrarif (§ 157 SGB VII) und den Versichertentarif (§ 155 SGB VII),
10. Beschlussfassung über eine Vereinigung mit anderen Berufsgenossenschaften (§ 118 SGB VII),
11. Zustimmung zur Bildung einer gemeinsamen Last und ihrer Verteilung auf die Unternehmerinnen/Unternehmer (§ 173 Absatz 1 und 3 SGB VII),
12. Beschlussfassung über die Schaffung von Einrichtungen, in denen Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erbracht werden (§§ 26, 35, 172b SGB VII i. V. m. § 85 SGB IV, § 35 SGB IX i. V. m. § 17 Absatz 1 Nummer 2 SGB I), soweit sie für die Erfüllung der Aufgaben und unter Berücksichtigung des Gesamtbedarfs aller Unfallversicherungsträger erforderlich sind,

13. Beschlussfassung über die Errichtung von Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen (§§ 26, 33, 172b SGB VII i. V. m. § 85 SGB IV, § 17 Absatz 1 Nummer 2 SGB I), soweit sie für die Erfüllung der Aufgaben und unter Berücksichtigung des Gesamtbedarfs aller Unfallversicherungsträger erforderlich sind,
14. Bestellung der Mitglieder der Widerspruchs- und der Einspruchsausschüsse (§ 36a Absatz 2 SGB IV, § 21 der Satzung),
15. Beschlussfassung über die Dienstordnung und den Stellenplan für die Angestellten der Berufsgenossenschaft nach § 144 SGB VII (§ 17 Nummer 4 der Satzung),
16. Beschlussfassung über Prüfungsordnungen (§ 18 Absatz 2 Satz 2 SGB VII),
17. Beschlussfassung über die Entschädigung (§ 12 Absatz 4 der Satzung),
18. Beschlussfassung über die Errichtung einer Auslandsversicherung (§ 140 Absatz 2 SGB VII),
19. Beschlussfassung über Angelegenheiten, die der Vorstand der Vertreterversammlung vorlegt, soweit nicht für diese Angelegenheiten eine andere Zuständigkeit als die der Vertreterversammlung begründet ist,
20. Beschlussfassung über Angelegenheiten, die der Vertreterversammlung sonst gesetzlich zugewiesen sind,
21. Bildung von Ausschüssen für die Festsetzung des Durchschnittsentgelts in der Seeschifffahrt sowie des durchschnittlichen Jahreseinkommens der Küstenschifferinnen/Küstenschiffer sowie der Küstenfischerinnen/Küstenfischer (§ 92 Absatz 4 SGB VII).

§ 14

Vertretung der Berufsgenossenschaft gegenüber dem Vorstand

Die Berufsgenossenschaft wird gegenüber dem Vorstand und dessen Mitgliedern gemeinsam durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden und die stellvertretende Vorsitzende/den stellvertretenden Vorsitzenden der Vertreterversammlung vertreten (§ 33 Absatz 2 SGB IV).

§ 15

Sitzungen und Beschlussfassung der Selbstverwaltungsorgane

(1) Die Sitzungen der Vertreterversammlung sowie ihrer Erledigungsausschüsse sind öffentlich, soweit nicht gesetzliche Ausschließungsgründe vorliegen oder die Vertreterversammlung bzw. die Erledigungsausschüsse in nicht öffentlicher Sitzung die Öffentlichkeit für weitere Beratungspunkte ausschließen; der Beschluss ist in öffentlicher Sitzung bekannt zu geben (§ 63 Absatz 3 Satz 2 und 3 SGB IV). Die Sitzungen der Beratungsausschüsse der Vertreterversammlung, des Vorstandes sowie seiner Ausschüsse sind nicht öffentlich (§ 63 Absatz 3 Satz 1, § 66 Absatz 2 SGB IV).

(2) Die Selbstverwaltungsorgane sind unbeschadet des Absatzes 7 beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Ist ein Selbstverwaltungsorgan nicht beschlussfähig, so kann die oder der Vorsitzende anordnen, dass in der nächsten Sitzung über den Gegenstand der Abstimmung auch dann beschlossen werden kann, wenn die in Satz 1 bestimmte Mehrheit nicht vorliegt. Hierauf muss in der Ladung der Mitglieder zu der nächsten Sitzung hingewiesen werden (§ 64 Absatz 1 SGB IV).

(3) Der Vorstand kann in eiligen Fällen ohne Sitzung schriftlich abstimmen (§ 64 Absatz 3 Satz 1 SGB IV).

(4) Die Vertreterversammlung kann mit Ausnahme von Wahlen (§ 11, § 13 Nummer 1, 2, 4 und 14 der Satzung) ohne Sitzung schriftlich abstimmen bei

1. Angleichung von Bestimmungen der Berufsgenossenschaft an geänderte Gesetze oder höchstrichterliche Rechtsprechung,
2. Änderung von Bestimmungen der Berufsgenossenschaft auf Grund von Anregungen der Aufsichtsbehörde im Genehmigungsverfahren,
3. Angelegenheiten, in denen auf einer Sitzung der Vertreterversammlung oder eines ihrer Ausschüsse bereits grundsätzliche Übereinstimmung erzielt worden ist,
4. Angelegenheiten, die nach Beratung in einer Sitzung auf Grund eines Beschlusses der Vertreterversammlung im schriftlichen Verfahren abschließend erledigt werden sollen, sofern es sich um Fälle handelt, die keiner Beratung mehr bedürfen (§ 64 Absatz 3 Satz 2 SGB IV).

5. Darüber hinaus kann die Vertreterversammlung aus wichtigen Gründen ohne Sitzung schriftlich abstimmen. Als wichtiger Grund gilt z.B. das Vorliegen einer Pandemie.

(5) Wenn der schriftlichen Abstimmung mindestens ein Fünftel der Mitglieder des Selbstverwaltungsorgans widerspricht, ist über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Selbstverwaltungsorgans zu beraten und abzustimmen (§ 64 Absatz 3 Satz 3 SGB IV).

(6) Die Beschlüsse werden unbeschadet des Absatzes 7 mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit wird die Abstimmung nach erneuter Beratung wiederholt. Ergibt sich die Stimmgleichheit bei einer schriftlichen Abstimmung, wird über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Selbstverwaltungsorgans beraten und erneut abgestimmt. Kommt auch bei einer zweiten Abstimmung eine Mehrheit nicht zustande, so gilt der Antrag als abgelehnt (§ 64 Absatz 2 SGB IV).

(7) Bei einer Satzungsänderung ist die Vertreterversammlung nur beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind. Ist die Vertreterversammlung nicht beschlussfähig, so ist eine zweite Sitzung unter erneuter Ladung der Mitglieder einzuberufen. In dieser Sitzung wird ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder über die Satzungsänderung abgestimmt, wenn hierauf in der Einladung ausdrücklich hingewiesen und diese Einladung allen Mitgliedern rechtzeitig vorher zugesandt worden ist. Eine Satzungsänderung ist angenommen, wenn mindestens zwei Drittel der stimmberechtigten Anwesenden dafür stimmen.

(8) Ein Mitglied eines Selbstverwaltungsorgans darf bei der Beratung und Abstimmung nicht anwesend sein, wenn hierbei personenbezogene Daten einer Arbeitnehmerin oder eines Arbeitnehmers offengelegt werden, die / der im Rahmen eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses untergeordnet ist, oder wenn das Mitglied des Selbstverwaltungsorgans der Personalverwaltung des Betriebes angehört, in dem die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer beschäftigt ist. Diesen Personen darf insbesondere auch bei der Vorbereitung einer Beratung keine Kenntnis von solchen Daten gegeben werden. Personenbezogene Daten im Sinne der Sätze 1 und 2 sind

1. die in § 76 Abs. 1 SGB X bezeichneten Daten und
2. andere Daten, soweit Grund zur Annahme besteht, dass durch die Kenntnis der genannten Personen schutzwürdige Belange der Arbeitnehmerin oder des

Abschnitt II

Arbeitnehmers beeinträchtigt werden (§ 63 Abs. 3 a SGB IV).

(9) Ein Mitglied eines Selbstverwaltungsorgans darf bei der Beratung und Abstimmung nicht anwesend sein, wenn ein Beschluss ihm selbst, einer ihm nahestehenden Person (§ 383 Abs. 1 Nrn.1 bis 3 der Zivilprozessordnung) oder einer von ihm vertretenen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. Satz 1 gilt nicht, wenn das Mitglied nur einer Personengruppe angehört, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden (§ 63 Abs. 4 SGB IV).

§ 16

Vertretung der Berufsgenossenschaft durch Vorstand und Geschäftsführung

(1) Der Vorstand vertritt die Berufsgenossenschaft gerichtlich und außergerichtlich, soweit die Vertretung nach Absatz 4 und § 14 der Satzung nicht den Vorsitzenden der Vertreterversammlung oder der Geschäftsführung obliegt (§ 35 Absatz 1 Satz 1 SGB IV).

(2) Die Berufsgenossenschaft wird auch durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden – bei dessen Verhinderung durch die stellvertretende Vorsitzende/den stellvertretenden Vorsitzenden – des Vorstandes vertreten bei der Ausführung von Beschlüssen des Vorstandes gegenüber Aufsichtsbehörden sowie in Mitgliederversammlungen von Vereinen, denen die Berufsgenossenschaft angehört, sofern der Vorstand im Einzelfall keine abweichende Vertretungsregelung trifft.

(3) Bei Abgabe einer schriftlichen Willenserklärung durch den Vorstand sind der Bezeichnung der Berufsgenossenschaft die Bezeichnung „Der Vorstand“ sowie die Unterschriften der vertretungsberechtigten Vorstandsmitglieder beizufügen.

(4) Die Geschäftsführung vertritt die Berufsgenossenschaft im Rahmen des Aufgabebereichs gemäß § 19 Absatz 1 der Satzung gerichtlich und außergerichtlich (§ 36 Absatz 4 Satz 4 i. V. m. Absatz 1 SGB IV). Im Aufgabebereich der Geschäftsführung kann die Berufsgenossenschaft auch durch jedes einzelne Mitglied der Geschäftsführung vertreten werden (§ 36 Absatz 4 Satz 6 SGB IV).

(5) Bei Abgabe einer schriftlichen Willenserklärung durch die Geschäftsführung werden dem Namen der Berufsgenossenschaft die Bezeichnung „Die Geschäftsführung“ und die Unterschrift ihrer Mitglieder beigefügt. Bei Vertretung der Berufsgenossenschaft durch einzelne Mitglieder der Geschäftsführung fügen diese dem Namen der Berufsgenossenschaft die Bezeichnung „Für die Geschäftsführung“ und ihre Unterschrift bei.

(6) Soweit die Geschäftsführung im Rahmen des Aufgabenbereichs des Vorstandes in dessen Auftrag handelt, wird mit dem Zusatz „Der Vorstand – im Auftrag“ („i. A.“) gezeichnet.

§ 17 Aufgaben des Vorstandes

Der Vorstand verwaltet die Berufsgenossenschaft. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Wahl und Abberufung der oder des Vorsitzenden und der oder des stellvertretenden Vorsitzenden (§ 62 Absatz 1 und 5 SGB IV),
2. Vorschlag an die Vertreterversammlung für die Wahl der Mitglieder der Geschäftsführung (§ 36 Absatz 4 Satz 1 SGB IV),
- 2a. Vorschlag an die Vertreterversammlung für die Wahl der/des Vorsitzenden der Geschäftsführung aus deren Mitte (§ 36 Absatz 4 Satz 1 SGB IV),
3. Beschlussfassung über seine Geschäftsordnung (§ 63 Absatz 1 SGB IV),
4. Aufstellung der Dienstordnung und des Stellenplans für die Angestellten der Berufsgenossenschaft (§ 13 Nummer 15 der Satzung),
5. Einstellung, Anstellung, Beförderung, Entlassung und Versetzung in den Ruhestand sowie die Festsetzung von Maßnahmen nach der Dienstordnung wegen Nichterfüllung von Pflichten bei Angestellten nach der Dienstordnung,
6. Ernennung, Beförderung, Versetzung, Abordnung, Versetzung in den Ruhestand und Entlassung der Beamtinnen/Beamten von der Besoldungsgruppe A 13 hD an aufwärts,
7. Aufstellung des Haushaltsplans (§ 70 Absatz 1 Satz 1 SGB IV, § 13 Nummer 7 der Satzung), Einwilligung in über- und außerplanmäßige Ausgaben (§ 73 Absatz 1 SGB IV),
8. Beschlussfassung über eine von § 172a Absatz 2 und 3 SGB VII abweichende Gestaltung der Rücklage (§ 172a Absatz 4 SGB VII), über eine Entnahme aus der Rücklage zur Beitragsstabilisierung (§ 172a Absatz 1 Satz 1, 2. Fall SGB VII), und

Abschnitt II

über die Bildung von Altersrückstellungen und dem Aufbau eines Altersversorgungsvermögens über die Verpflichtung nach § 172c Absatz 1 SGB VII hinaus nach § 12 SVRV,

9. Beschlussfassung über die Umlage (§§ 152 Absatz 1, 153 Absatz 4 SGB VII) und über die Erhebung von Beitragsvorschüssen (§ 164 Absatz 1 SGB VII, § 32 Absatz 2 der Satzung),
10. Beschlussfassung über Rückgriff gegen Unternehmerinnen/Unternehmer sowie Betriebsangehörige (§§ 110 Absatz 1, 111 SGB VII),
11. Beschlussfassung über eine von § 137 Absatz 2 SGB VII abweichende Regelung über den Übergang von Entschädigungslasten bei Zuständigkeitswechsel,
12. Beschlussfassung über die Entschädigung nach § 110 Absatz 1a und 2 SGB VII,
13. Beschlussfassung über Richtlinien für das Stunden, Niederschlagen und Erlassen von Ansprüchen sowie den Abschluss von Vergleichen (§ 76 Absatz 2 und 4 Satz 3 SGB IV),
14. Beschlussfassung über Richtlinien für die Festsetzung einer einmaligen Abfindungssumme nach § 36 Absatz 1 der Satzung,
15. Beschlussfassung über die Gewährung von Belohnungen für Rettung aus Unfallgefahren,
16. Verhängung von Geldbußen (§§ 62 ff. der Satzung),
17. Beschlussfassung über Richtlinien für nicht genehmigungsbedürftige und nicht anzeigepflichtige Vermögensanlagen und die Verwaltung des Vermögens einschließlich entsprechender Berichtspflichten gegenüber dem Vorstand durch die Geschäftsführung,
18. Bestimmung der Zahl der Rentenausschüsse und Bestellung ihrer Mitglieder (§ 36a SGB IV, § 20 der Satzung),
19. Beschlussfassung über die Bildung einer gemeinsamen Last (§ 173 Absatz 1 SGB VII, § 13 Nummer 11 der Satzung),

20. Beschlussfassung über die Veräußerung von Grundstücken sowie über die genehmigungsbedürftigen und anzeigepflichtigen Vermögensanlagen (§ 85 Absatz 1 und 5 SGB IV),
21. Beschlussfassung über die Auferlegung von Kosten nach § 17 Absatz 4 SGB VII,
22. Beschlussfassung über die Festlegung der Beiträge für die Inanspruchnahme des Arbeitsmedizinischen und Sicherheitstechnischen Dienstes nach § 44 der Satzung,
23. Beschlussempfehlungen an die Vertreterversammlung,
24. Beschlussfassung über Angelegenheiten, die die Geschäftsführung dem Vorstand vorlegt, soweit nicht für diese Angelegenheiten eine andere Zuständigkeit als die des Vorstandes begründet ist,
25. Beschlussfassung über Richtlinien für die Führung der Verwaltungsgeschäfte, soweit diese der Geschäftsführung obliegen (§ 35 Absatz 2 SGB IV),
26. Vorschlag für die Beschlussfassung der Vertreterversammlung über die Entschädigung der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane nach § 12 Absatz 4 der Satzung.

§ 18

Beanstandung von Beschlüssen der Selbstverwaltungsorgane

(1) Verstößt der Beschluss eines Selbstverwaltungsorgans gegen Gesetz oder sonstiges für die Berufsgenossenschaft maßgebendes Recht, hat die oder der Vorsitzende des Vorstandes den Beschluss schriftlich und mit Begründung zu beanstanden und dabei eine angemessene Frist zur erneuten Beschlussfassung zu setzen. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung (§ 38 Absatz 1 SGB IV).

(2) Verbleibt das Selbstverwaltungsorgan bei seinem Beschluss, hat die/der Vorsitzende des Vorstandes die Aufsichtsbehörde zu unterrichten. Die aufschiebende Wirkung bleibt bis zu einer Entscheidung der Aufsichtsbehörde, längstens bis zum Ablauf von zwei Monaten nach ihrer Unterrichtung, bestehen (§ 38 Absatz 2 SGB IV).

§ 19 Geschäftsführung

(1) Die Geschäftsführung besteht aus drei Personen. Sie führt hauptamtlich die laufenden Verwaltungsgeschäfte der Berufsgenossenschaft, soweit Gesetz oder sonstiges für die Berufsgenossenschaft maßgebendes Recht nichts Abweichendes bestimmen (§ 36 Absatz 4 Satz 4 i. V. m. Satz 1 SGB IV).

(2) Die Mitglieder der Geschäftsführung führen die Bezeichnung „Direktorin der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation“/„Direktor der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation“. Die/der Vorsitzende der Geschäftsführung führt die Bezeichnung „Vorsitzende der Geschäftsführung – Direktorin der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation“/„Vorsitzender der Geschäftsführung – Direktor der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation“.

§ 20 Rentenausschüsse

(1) Die Rentenausschüsse treffen folgende Entscheidungen (§ 36a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 SGB IV):

1. erstmalige Entscheidung über Renten als vorläufige Entschädigung, auf unbestimmte Zeit und zurückliegende Zeit sowie über Hinterbliebenenrenten,
2. Entscheidungen über Abfindungen und Gesamtvergütungen,
3. Entscheidungen über Leistungen bei Pflegebedürftigkeit,
4. Entscheidungen über laufende Beihilfen.

In den übrigen Fällen setzt die Geschäftsführung die Leistungen fest.

(2) Die Rentenausschüsse setzen sich aus je einer Vertreterin/einem Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber zusammen. Für die Ausschussmitglieder sind je eine erste und zweite Stellvertretung zu bestellen. Zu Mitgliedern und Stellvertreterinnen/Stellvertretern der Rentenausschüsse können nur Personen bestellt werden, die die Voraussetzungen der Wählbarkeit als Organmitglied erfüllen. Der Vorstand bestimmt die Zahl der Rentenausschüsse und bestellt ihre Mitglieder (§ 17 Nummer 19

der Satzung). Die Geschäftsführung oder ihre Beauftragten gehören dem Rentenausschuss mit beratender Stimme an.

(3) Für die Amtsdauer und den Verlust der Mitgliedschaft im Rentenausschuss gelten die §§ 58 und 59 SGB IV entsprechend.

(4) Einigen sich die beiden Mitglieder des Rentenausschusses bei der Beschlussfassung nicht, so ergeht eine ablehnende Entscheidung. In den genannten Fällen ist der Vorstand über die Ablehnung der Leistung zu unterrichten.

(5) Die §§ 12 und 18 der Satzung gelten entsprechend.

§ 21

Widerspruchs- und Einspruchsausschüsse

(1) Die Vertreterversammlung bildet gemäß § 85 Absatz 2 Nummer 2 SGG, § 36a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 SGB IV, § 112 Absatz 2 SGB IV und § 13 Nummer 14 der Satzung einen oder mehrere Widerspruchs- und Einspruchsausschüsse.

(2) Die Widerspruchs- und Einspruchsausschüsse setzen sich aus je einer Vertreterin/einem Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber zusammen. Für die Ausschussmitglieder ist je eine persönliche Stellvertretung zu bestellen. Mitglieder und Stellvertreterinnen/Stellvertreter der Widerspruchs- und Einspruchsausschüsse können nur Personen sein, die die Voraussetzungen der Wählbarkeit als Organmitglied erfüllen.

(3) Vertreterinnen/Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber können nicht gleichzeitig als Mitglieder oder Stellvertreterinnen/Stellvertreter in einen Ausschuss nach Absatz 1 und nach § 20 Absatz 1 der Satzung bestellt werden.

(4) Einigen sich die beiden Mitglieder des Widerspruchsausschusses bei der Beschlussfassung nicht, so ist der Widerspruch zurückzuweisen. In den genannten Fällen ist der Vorstand über die Ablehnung der Leistung zu unterrichten.

(5) Die §§ 12, 18 und 20 Absatz 3 der Satzung gelten entsprechend.

§ 22

Ausschüsse von Vertreterversammlung und Vorstand

Vertreterversammlung und Vorstand können für ihre jeweiligen Aufgaben Ausschüsse einrichten und grenzen diese voneinander ab. Diese können Unterausschüsse bilden.

§ 23

Präventionsausschuss und Präventionsfachausschüsse

Vertreterversammlung und Vorstand richten gemeinsam einen Präventionsausschuss ein. Zur Unterstützung der berufsgenossenschaftlichen Präventionsbelange werden Präventionsfachausschüsse gebildet. Diese sind Unterausschüsse des Präventionsausschusses.

§ 24

(weggefallen)

Abschnitt III

Anzeige- und Unterstützungspflicht der Unternehmerinnen/Unternehmer

§ 25

Anzeige der Unfälle und Berufskrankheiten

(1) Die Unternehmerinnen/Unternehmer haben Unfälle von Versicherten in ihren Unternehmen der Berufsgenossenschaft anzuzeigen, wenn Versicherte getötet oder so verletzt werden, dass sie mehr als drei Tage arbeitsunfähig werden. Satz 1 gilt entsprechend für Unfälle von Versicherten, deren Versicherung weder eine Beschäftigung noch eine selbstständige Tätigkeit voraussetzt (§ 193 Absatz 1 SGB VII).

(2) Auf Anforderung der Berufsgenossenschaft haben die Unternehmerinnen/Unternehmer einen Versicherungsfall auch dann mitzuteilen, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 1 nicht vorliegen (§ 191 SGB VII). Die Anforderung erfolgt unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

(3) Tödliche Unfälle und solche Unfälle, bei denen mehr als drei Personen verletzt werden, sind der Berufsgenossenschaft unverzüglich mitzuteilen (§ 191 SGB VII).

- (4) Haben Unternehmerinnen/Unternehmer im Einzelfall Anhaltspunkte, dass bei Versicherten ihrer Unternehmen eine Berufskrankheit vorliegen könnte, haben sie diese der Berufsgenossenschaft anzuzeigen (§ 193 Abs. 2 SGB VII).
- (5) Unfälle nach Absatz 1, die während der Fahrt auf einem Seeschiff eingetreten sind, sind ferner in das Schiffstagebuch einzutragen und dort oder in einem Anhang kurz darzustellen. Ist ein Schiffstagebuch nicht zu führen, haben die Schiffsführerin/der Schiffsführer Unfälle nach Satz 1 in einer besonderen Niederschrift nachzuweisen (§ 193 Absatz 9 SGB VII).
- (6) Für die Anzeige von Unfällen von Beamtinnen/Beamten gilt die entsprechende Rechtsverordnung des Bundesministeriums der Finanzen.
- (7) Die Anzeige ist der für das Unternehmen zuständigen Bezirksverwaltung der Berufsgenossenschaft auf dem vorgeschriebenen Vordruck oder im Wege der Datenübermittlung nach § 5 Unfallversicherungs-Anzeigeverordnung zu erstatten. Eine weitere Ausfertigung der Anzeige ist der für den Arbeitsschutz zuständigen Landesbehörde zu übersenden, soweit das Unternehmen der allgemeinen Arbeitsschutzaufsicht unterliegt (§ 193 Absatz 7 Satz 1 SGB VII).
- (8) Die Unternehmerinnen/Unternehmer haben die Anzeige binnen drei Tagen nach Kenntniserlangung von dem Unfall oder den Anhaltspunkten für eine Berufskrankheit zu erstatten (§ 193 Absatz 4 Satz 1 SGB VII). Die versicherte Person kann von den Unternehmerinnen/Unternehmern verlangen, dass ihr eine Kopie der Anzeige überlassen wird (§ 193 Absatz 4 Satz 2 SGB VII).
- (9) Die Anzeige ist von dem Betriebs- oder Personalrat mit zu unterzeichnen. Wird die Anzeige durch Datenübertragung erstattet, ist in ihr anzugeben, welches Mitglied des Betriebs- oder Personalrats vor der Absendung von ihr Kenntnis genommen hat (§ 5 Absatz 2 Unfallversicherungs-Anzeigeverordnung).
- (10) Die Unternehmerinnen/Unternehmer haben die Fachkraft für Arbeitssicherheit und die Betriebsärztin/den Betriebsarzt über jede Unfall- oder Berufskrankheitenanzeige in Kenntnis zu setzen (§ 193 Absatz 5 Satz 2 SGB VII).
- (11) Verlangt die Berufsgenossenschaft zur Feststellung, ob eine Berufskrankheit vorliegt, Auskünfte über gefährdende Tätigkeiten von Versicherten, haben die Unternehmerinnen/Unternehmer den Betriebs- oder Personalrat über dieses Auskunftsersuchen unverzüglich zu unterrichten (§ 193 Absatz 5 Satz 3 SGB VII).

§ 26
Unterstützung der Berufsgenossenschaft
durch die Unternehmerinnen/Unternehmer

(1) Über die gesetzlich im Einzelnen festgelegten Pflichten hinaus haben die Unternehmerinnen/Unternehmer die Berufsgenossenschaft bei der Durchführung der Unfallversicherung zu unterstützen (§ 191 SGB VII).

(2) Zur Durchführung der Unfallversicherung gehören insbesondere

1. die Feststellung, ob ein Versicherungsfall vorliegt,
2. die Feststellung der Zuständigkeit und des Versicherungsstatus,
3. die Erbringung der Leistungen,
4. die Berechnung, Festsetzung und Erhebung von Beiträgen einschließlich der Beitragsberechnungsgrundlagen,
5. die Durchführung von Erstattungs- und Ersatzansprüchen,
6. die Verhütung von Versicherungsfällen,
7. die Abwendung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren sowie die Vorsorge für eine wirksame Erste Hilfe,
8. die Gewährung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben,
9. die Erforschung von Risiken und Gesundheitsgefahren für die Versicherten.

(3) Dazu obliegt es den Unternehmerinnen/Unternehmern insbesondere,

1. alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und alle vorhandenen Beweis- oder sonstigen Urkunden vorzulegen sowie
2. dafür zu sorgen, dass Versicherte nach Unfällen im Unternehmen nur Ärztinnen/Ärzte aufsuchen oder an Krankenhäuser verwiesen werden, die die Berufsgenossenschaft benannt hat.

Abschnitt IV

Aufbringung der Mittel

§ 27 Beiträge

(1) Beitragspflichtig sind die Unternehmerinnen/Unternehmer, für deren Unternehmen Versicherte tätig sind oder zu denen Versicherte in einer besonderen, die Versicherung begründenden Beziehung stehen.

(2) Die nach § 2 Absatz 1 Nummer 7 SGB VII versicherten Unternehmerinnen/Unternehmer sowie die nach §§ 46 ff. der Satzung Versicherten sind selbst beitragspflichtig. Die Unternehmerinnen/Unternehmer der Küstenfischerei (§ 163 Absatz 3 SGB VII) werden zur Umlage unter Berücksichtigung der Beitragszuschüsse der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (§ 163 Absatz 1 und 2 SGB VII) herangezogen.

(3) Neben den Unternehmerinnen/Unternehmern sind die Reederinnen/Reeder beitragspflichtig, soweit bei dem Betrieb von Seeschiffen andere Unternehmerinnen/Unternehmer sind oder auf Seeschiffen durch andere ein Unternehmen betrieben wird (§ 150 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 SGB VII). Sie haften ebenso wie die in § 130 Absatz 2 und 3 SGB VII genannten Bevollmächtigten mit den Unternehmerinnen/Unternehmern als Gesamtschuldner (§ 150 Absatz 2 Satz 2 i. V. m. § 130 Absatz 2 und 3 SGB VII).

(4) Die Beiträge müssen den Bedarf des abgelaufenen Kalenderjahres (Jahresbedarf) einschließlich der zur Ansammlung der Rücklage sowie des Verwaltungsvermögens nötigen Beträge decken. Darüber hinaus dürfen Beiträge nur zur Zuführung zu den Betriebsmitteln erhoben werden (§§ 21, 81 und 82 SGB IV i. V. m. §§ 152 Absatz 1, 172 bis 172c, 219a SGB VII).

(5) Berechnungsgrundlagen für die Beiträge sind der Finanzbedarf (Umlagesoll), die Arbeitsentgelte der Versicherten und die Gefahrklassen.

(6) Für Kapitäninnen und Kapitäne sowie Besatzungsmitglieder von Seefahrzeugen sind maßgeblich die festgesetzten durchschnittlichen Arbeitsentgelte zuzüglich des Durchschnittssatzes für Beköstigung oder Verpflegungsvergütung (Durchschnittsheuer, § 154 Absatz 2 i. V. m. § 92 Absatz 1 Satz 1, Absatz 4 und 6 SGB VII).

Abschnitt IV

(7) Für ausländische Seeleute unter den Voraussetzungen des § 92 Abs. 1 Satz 2 SGB VII sind maßgeblich die Arbeitsentgelte zuzüglich des Durchschnittssatzes für Beköstigung oder Verpflegungsvergütung (§ 154 Absatz 2 Satz 1 i. V. m. § 92 Absatz 1 Satz 1 und Satz 2, Absatz 4 und 6 SGB VII).

(8) Das Arbeitsentgelt der Versicherten wird bis zur Höhe des Höchstjahresarbeitsverdienstes (§ 37 Abs. 2) zugrunde gelegt.

(9) Es wird ein einheitlicher Mindestbeitrag in Höhe von 62 Euro erhoben (§ 161 SGB VII).

(10) Die Beiträge für die nach § 2 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 Nummer 3 SGB VII Versicherten werden nach der Zahl der Versicherten unter Berücksichtigung der Gefährdungsrisiken berechnet. Grundlage für die Berechnung der Beiträge sind die Leistungsaufwendungen pro Versicherten zuzüglich der prozentual auf die Versichertenart entfallenden Verwaltungskosten. Die Kopfzahl pro Versichertenart nach § 2 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 Nummer 3 SGB VII zur Berechnung der Versicherten (Köpfe) pro Jahr, richtet sich nach der Anzahl der gemeldeten Versicherten im Verhältnis 1:1. Die Berechnungsgrundlage für die Beiträge der nach § 2 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 Nummer 3 SGB VII Versicherten ergibt sich aus der Anlage zur Satzung. Der Versichertenkreis ist auf die ehrenamtlich Tätigen des Betreuungswerks Post Postbank Telekom sowie des Erholungswerks Post Postbank Telekom e. V. beschränkt.

§ 28

Gefahrtarif, Veranlagung der Unternehmen zu den Gefahrklassen

(1) Die Berufsgenossenschaft veranlagt die Unternehmen für die Tarifzeit nach dem Gefahrtarif zu den Gefahrklassen und erteilt darüber einen Bescheid (§ 159 Absatz 1 SGB VII).

(2) Die Unternehmerinnen/Unternehmer haben der Berufsgenossenschaft für die Veranlagung ihrer Unternehmen zu den Gefahrklassen die erforderlichen Angaben über Art und Gegenstand, über die Anlagen und Einrichtungen ihrer Unternehmen sowie über die sonstigen für die Veranlagung maßgebenden Verhältnisse zu machen (§§ 166, 192 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 2 Nummer 2 SGB VII, § 98 SGB X).

(3) Soweit die Unternehmerinnen/Unternehmer diese Angaben nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder unrichtig machen, nimmt die Berufsgenossenschaft die Veranlagung nach eigener Einschätzung der betrieblichen Verhältnisse vor (§ 159 Absatz 2 SGB VII).

VII).

**§ 29
(weggefallen)**

**§ 30
Lohnnachweis**

(1) Die Unternehmerinnen/Unternehmer haben nach Ablauf eines Kalenderjahres die in der Unfallversicherung beitragspflichtigen Arbeitsentgelte der Versicherten, die geleisteten Arbeitsstunden und die Anzahl der zu meldenden Versicherten bezogen auf die anzuwendenden Gefahrtarifstellen mit dem elektronischen Lohnnachweis nach § 99 SGB IV bis zum 16. Februar des Folgejahres zu übermitteln (§ 165 Absatz 1 SGB VII, § 100 Absatz 1 Nr. 4 SGB IV). Bei Veranlagung des Unternehmens zu verschiedenen Gefahrklassen sind die Angaben entsprechend aufzugliedern. Ergänzend haben die Unternehmerinnen/Unternehmer die zur Berechnung der Beiträge nach § 44 der Satzung erforderlichen Daten zu melden. Die Unternehmerinnen/Unternehmer führen vor der Übermittlung des elektronischen Lohnnachweises einen automatisierten Abgleich mit der bei der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e. V. errichteten Stammdatendatei durch (§ 101 Absatz 4 SGB IV). Das Nähere zum elektronischen Lohnnachweis, zur Stammdatendatei und zum Verfahren, zur Weiterleitung und zur Nutzung der Daten ist in den Gemeinsamen Grundsätzen nach § 103 SGB IV geregelt.

(2) Die Unternehmer haben Aufzeichnungen zu führen, aus denen sich die zur Aufstellung des Lohnnachweises und zur Berechnung von Geldleistungen erforderlichen Angaben, insbesondere die Namen der Versicherten, die geleisteten Arbeitsstunden und das Arbeitsentgelt entnehmen lassen. Unternehmen der Seefahrt nach § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Satzung haben zusätzlich Aufzeichnungen über die Zahl, Dienststellung der Versicherten und die anzuwendende Durchschnittsheuer zu führen. Bei der Veranlagung zu verschiedenen Gefahrklassen sind die Aufzeichnungen entsprechend der verschiedenen Gefahrklassen zu führen. Die Aufzeichnungen sind mindestens fünf Jahre aufzubewahren (§ 165 Absatz 4 Satz 2 SGB VII).

(3) Reichen die Unternehmerinnen/Unternehmer den Lohnnachweis nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder unrichtig ein, kann die Berufsgenossenschaft eine Schätzung vornehmen (§ 165 Absatz 3 SGB VII).

**§ 30a
(weggefallen)**

§ 31
Beitragsausgleichsverfahren

(1) Unter Berücksichtigung der Zahl und Schwere der anzuzeigenden Versicherungsfälle wird auf den Beitrag ein Nachlass bewilligt. Für jeden anzeigepflichtigen und jeden entschädigten Unfall wird der Nachlass verringert oder, sofern ein Nachlass nicht bewilligt worden ist, ein Zuschlag erhoben.(2) Unberücksichtigt bleiben

1. Wegeunfälle (§ 8 Absatz 2 Nummer 1 bis 4 SGB VII),
2. Berufskrankheiten (§ 9 SGB VII),
3. auf schriftlichen Antrag der Beitragspflichtigen Versicherungsfälle, die nachweislich auf höhere Gewalt oder auf alleiniges Verschulden nicht zum Unternehmen gehörender Personen zurückzuführen sind. Führen die Beitragspflichtigen einen Arbeitsunfall auf höhere Gewalt oder auf alleiniges Verschulden nicht zum Unternehmen gehörender Personen zurück und berufen sie sich hierauf, so haben sie den nachprüfbaren Nachweis darüber innerhalb von drei Monaten nach Einlegung eines Widerspruchs gegen den Beitragsbescheid, in dem der Arbeitsunfall berücksichtigt worden ist, schriftlich zu führen.

(3) Die Berechnung der Nachlässe und Zuschläge geschieht nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Beitragspflichtigen erhalten auf den Umlagebeitrag einen Nachlass, wenn ihre Unfallbelastung im Umlagejahr die durchschnittliche Unfallbelastung aller Unternehmen, für die die Berufsgenossenschaft zuständig ist (Mitgliedsunternehmen), um mindestens 10 v. H. unterschreitet. Arbeitsunfälle (§ 8 SGB VII) werden ihrer Schwere entsprechend mit Belastungseinheiten bewertet. Die Unfallbelastung eines Unternehmens ergibt sich aus dem Verhältnis der Summe der Belastungseinheiten für die im Unternehmen vorgekommenen Arbeitsunfälle zum Jahresbeitrag. Die durchschnittliche Unfallbelastung ergibt sich aus dem Verhältnis der Gesamtsumme der Belastungseinheiten zum Umlagesoll. Der gewährte Nachlass beträgt 5 v. H., für die nach den §§ 45, 46 und 52 der Satzung Versicherten 25 v. H. Der danach errechnete Betrag vermindert sich um 110 Euro je anzeigepflichtigen und 550 Euro je entschädigten Arbeitsunfall. Die Zuschläge für anzeigepflichtige und entschädigte Arbeitsun-

fälle betragen ebenfalls 110 Euro je anzeigepflichtigen und 550 Euro je entschädigten Arbeitsunfall.

2. Die Gewährung von Nachlässen ist ausgeschlossen, wenn Beitragspflichtige der Berufsgenossenschaft nicht mindestens drei volle Umlagejahre angehört haben. Ein Nachlass wird nur für volle Jahre der Zugehörigkeit gewährt.
3. Es gelten folgende Belastungseinheiten für Arbeitsunfälle:

Je anzeigepflichtigen Unfall	= 1 BE
zuzüglich je entschädigten Unfall	= 5 BE
zuzüglich je tödlichen Unfall	= 10 BE
Höchstzahl je Unfall	= 16 BE
4. Die Belastungseinheiten werden jeweils in dem Umlagejahr berücksichtigt, in dem der Unfall angezeigt bzw. entschädigt oder in dem der Tod als Unfallfolge festgestellt oder anerkannt worden ist.
5. Anzeigepflichtig sind Unfälle, durch die Versicherte getötet oder so verletzt werden, dass sie mehr als drei Tage arbeitsunfähig sind (§ 193 Absatz 1 Satz 1 SGB VII). Als entschädigt gelten Unfälle, für die innerhalb des entsprechenden Umlagejahres erstmals Verletztenrente, Hinterbliebenenrente, Sterbegeld oder Gesamtvergütung gezahlt worden ist. Im Sinne dieser Bestimmung handelt es sich um einen tödlichen Unfall, wenn der Tod des Versicherten innerhalb eines Jahres nach dem Unfall eingetreten ist.
6. Die Summe der Zuschlagsbeträge darf 50 v. H. des Umlagebeitrages nicht überschreiten.
7. Durch die Bewilligung eines Nachlasses darf der Mindestbeitrag (§ 27 Absatz 6 der Satzung) nicht unterschritten werden.

(4) Durchführungsbestimmungen erlässt der Vorstand.

§ 32

Einforderung von Beiträgen und Beitragsvorschüssen

(1) Die Berufsgenossenschaft teilt den Beitragspflichtigen den von ihnen zu zahlenden Beitrag schriftlich mit (§ 168 Absatz 1 SGB VII). Der Beitrag wird am 15. des Monats fällig,

Abschnitt V

der dem Monat folgt, in dem der Beitragsbescheid den Beitragspflichtigen bekannt gegeben worden ist (§ 23 Absatz 3 SGB IV).

(2) Zur Sicherung des Beitragsaufkommens erhebt die Berufsgenossenschaft Vorschüsse bis zur Höhe des voraussichtlichen Jahresbedarfs (§ 164 Absatz 1 SGB VII). Bezahlte Vorschüsse werden auf den Beitrag verrechnet. Das Nähere bestimmt der Vorstand (§ 17 Nummer 9 der Satzung).

§ 33

Säumniszuschläge

Für Beiträge und Beitragsvorschüsse, die die Zahlungspflichtigen nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages gezahlt haben, ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v. H. des rückständigen, auf 50 Euro nach unten abgerundeten Betrages zu zahlen. Bei einem rückständigen Betrag unter 100 Euro ist der Säumniszuschlag nicht zu erheben, wenn dieser gesondert schriftlich anzufordern wäre (§ 24 Absatz 1 SGB IV).

Abschnitt V

Finanzierung der nach dem BUK-NOG übertragenen Aufgaben

§ 34

Kostenerstattung

(1) Die durch die Wahrnehmung der der Berufsgenossenschaft nach Artikel 2 Abschnitt 1 § 5 Absatz 1 BUK-NOG übertragenen Aufgaben verursachten Kosten werden nach den Bestimmungen der entsprechenden Rechtsverordnung des Bundesministeriums der Finanzen von den in § 121 Absatz 2 Nummer 3 bis 8 SGB VII genannten Mitgliedsunternehmen erstattet.

(2) Die durch die Wahrnehmung der der Berufsgenossenschaft nach Artikel 2 § 15 Satz 1 BUK-NOG übertragenen Aufgaben verursachten Kosten werden nach den Bestimmungen der Geschäftsbesorgungsverträge von den in § 121 Absatz 2 Nummer 3 bis 8 SGB VII genannten Mitgliedsunternehmen erstattet.

Abschnitt VI

Wechsel der Unternehmerin/des Unternehmers, Änderung im Unternehmen und in seiner Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft

§ 35

Anzeige der Veränderung, Haftung für Beiträge

(1) Die Unternehmerinnen/Unternehmer sowie Bevollmächtigten haben der Berufsgenossenschaft jede das Unternehmen betreffende Änderung, die für die Zuständigkeit der Berufsgenossenschaft oder die Veranlagung zu den Gefahrklassen wichtig ist, binnen vier Wochen schriftlich mitzuteilen (§§ 191, 192 Absatz 2 und 4 SGB VII).

Dies gilt insbesondere für

1. den Wechsel der Unternehmerin/des Unternehmers, auch den Eintritt oder das Ausscheiden einer Mitunternehmerin/eines Mitunternehmers,
2. jede Verlegung des Unternehmens oder eines Teiles des Unternehmens, auch innerhalb des gleichen Ortes,
3. jede Erweiterung des Unternehmens durch Hinzunahme neuer Gewerbezweige,
4. die erstmalige Beschäftigung von Versicherten,
5. den Wechsel in der Art des Unternehmens (zum Beispiel Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt, Fischerei) und des Gegenstandes des Unternehmens,
6. die Einstellung des Unternehmens oder einzelner Teile,
7. den Zu- und Abgang, Umbau sowie jede schiffsbezogene Änderung,
8. den Wechsel der Korrespondentreedlerin/des Korrespondentreeders oder der/ des Bevollmächtigten (§ 130 Absatz 2 SGB VII).

(2) Bei einem Wechsel der Person der Unternehmerin/des Unternehmers sind die bisherige Unternehmerin/der bisherige Unternehmer und die Nachfolgerin/der Nachfolger bis zum Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Wechsel der Berufsgenossenschaft ange-

Abschnitt VI

zeigt wurde, zur Zahlung der Beiträge und damit zusammenhängender Leistungen als Gesamtschuldner verpflichtet (§ 150 Absatz 4 SGB VII).

(3) Die Unternehmerinnen/Unternehmer, die keine feste Landwohnung haben oder sich ständig an Bord ihres Schiffes aufhalten, sind verpflichtet, der Berufsgenossenschaft eine ständige Briefanschrift anzugeben, die jederzeit die Zustellung von Schriftstücken gewährleistet.

§ 36 Sicherstellung der Beiträge

(1) Bei einem Wechsel der Person der Unternehmerin/des Unternehmers oder bei Einstellung des Unternehmens hat die ausscheidende Unternehmerin/der ausscheidende Unternehmer für die Zeit vom Ablauf des Kalenderjahres, für das der Beitrag zuletzt festgestellt worden ist, bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus der Zuständigkeit der Berufsgenossenschaft einen nach dem Beitragsfuß und der Veranlagung bei der letzten Umlage berechneten und um einen Abfindungszuschlag erhöhten Beitrag als Beitragsabfindung zu entrichten. Die Höhe des Abfindungszuschlags beträgt grundsätzlich 10 v. H. Ausnahmen beschließt der Vorstand (§ 164 Absatz 2 SGB VII).

(2) Anstelle der Abfindung nach Absatz 1 kann die Berufsgenossenschaft der ausscheidenden Unternehmerin/dem ausscheidenden Unternehmer auf Antrag gestatten, zur Sicherstellung der Beiträge für die Zeit vom Ablauf des Kalenderjahres, für das der Beitrag zuletzt festgestellt worden ist, bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus der Zuständigkeit der Berufsgenossenschaft den anteiligen Betrag des letzten für das Unternehmen festgestellten Jahresbeitrages bis zur zweifachen Höhe bei der Berufsgenossenschaft als Sicherheit zu hinterlegen. Ist für das Unternehmen noch kein Beitrag festgestellt worden, so beträgt die Sicherheit 6 v. H. des für die gleiche Zeit gezahlten Entgelts (Lohnsumme, die der Beitragsrechnung zugrunde liegt).

(3) Die Sicherheit dient zur Deckung des Beitrages; ein überschüssiger Betrag wird zurückgezahlt, ein Fehlbetrag nacherhoben.

(4) Über die Sicherheitsleistung oder die Abfindung erteilt die Berufsgenossenschaft einen Bescheid; § 32 der Satzung gilt entsprechend.

Abschnitt VII

Leistungen

§ 37

Umfang der Leistungen, Jahresarbeitsverdienst

(1) Die Versicherten und ihre Hinterbliebenen erhalten bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten (§§ 7 bis 12 SGB VII) Leistungen nach Gesetz und Satzung.

(2) Der Höchstbetrag des Jahresarbeitsverdienstes (§ 85 Absatz 2 SGB VII) beträgt 78.000 Euro ab dem 01.01.2018 sowie 84.000 Euro ab dem 01.01.2021.

(3) Erhöhungen des Höchstbetrages nach Absatz 2 gelten nicht für Versicherungsfälle, die vor dem Inkrafttreten der Erhöhung eingetreten sind. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Anpassung der vom Jahresarbeitsverdienst abhängigen Geldleistungen, insbesondere § 89 SGB VII, bleiben unberührt.

(4) Für die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane, die bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit für die Berufsgenossenschaft einen Unfall erleiden, wird als Jahresarbeitsverdienst der in Absatz 2 genannte Betrag festgelegt. Die sich aus dem Differenzbetrag zwischen einem niedrigeren tatsächlichen Jahresarbeitsverdienst und dieser Summe ergebenden Leistungen sind Mehrleistungen im Sinne des § 94 SGB VII.

(5) Die Mehrleistungen zu Renten dürfen zusammen mit

1. Renten an Versicherte ohne die Zulage für Schwerverletzte 85 v. H.,
2. Renten an Hinterbliebene 80 v. H.

des Höchstjahresarbeitsverdienstes nicht überschreiten (§ 94 Absatz 2 SGB VII).

(6) Bei nicht kontinuierlicher Arbeitsverrichtung und -vergütung werden der Berechnung des Verletztengeldes die Verhältnisse aus den letzten drei vor Beginn der Arbeitsunfähigkeit abgerechneten Entgeltabrechnungszeiträumen zugrunde gelegt. Bei einer nicht kontinuierlichen Arbeitsverrichtung von Selbstständigen, die nicht die Voraussetzungen der Unternehmerpflichtversicherung/freiwilligen Versicherung erfüllen, werden die Verhältnisse aus den letzten drei Kalenderjahren zugrunde gelegt (§ 47 Absatz 1 Satz 3 SGB VII).

Abschnitt VIII

(7) Entspricht die nach Absatz 6 berechnete Höhe des Regelentgelts nicht der Ersatzfunktion des Verletztengeldes und der Stellung der Versicherten im Erwerbsleben, so ist es nach billigem Ermessen festzustellen. Dabei werden insbesondere die Fähigkeiten, die Ausbildung, die Lebensstellung und die Tätigkeit der Versicherten vor und nach dem Zeitpunkt des Versicherungsfalls berücksichtigt.

Abschnitt VIII

Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren

§ 38

Allgemeines

(1) Die Berufsgenossenschaft sorgt mit allen geeigneten Mitteln für die Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren und für eine wirksame Erste Hilfe in den Unternehmen, für die sie zuständig ist. Sie geht dabei auch den Ursachen von arbeitsbedingten Gefahren für Leben und Gesundheit nach (§ 14 Absatz 1 SGB VII). Die Unternehmerinnen/Unternehmer sind für die Durchführung der Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, für die Verhütung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren sowie für eine wirksame Erste Hilfe verantwortlich (§ 21 Absatz 1 SGB VII).

(2) Die Berufsgenossenschaft kann unter Mitwirkung der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e. V. Unfallverhütungsvorschriften über Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren oder für eine wirksame Erste Hilfe erlassen, soweit dies zur Prävention geeignet und erforderlich ist und staatliche Arbeitsschutzvorschriften hierüber keine Regelung treffen.

1. In diesem Rahmen kann die Berufsgenossenschaft Unfallverhütungsvorschriften erlassen über
 - a) Einrichtungen, Anordnungen und Maßnahmen, welche die Unternehmerinnen/Unternehmer zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren zu treffen haben, sowie die Form der Übertragung dieser Aufgaben auf andere Personen (§ 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 SGB VII),

- b) das Verhalten der Versicherten zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren (§ 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 SGB VII),
 - c) von den Unternehmerinnen/Unternehmern zu veranlassende arbeitsmedizinische Untersuchungen und sonstige arbeitsmedizinische Maßnahmen vor, während und nach der Verrichtung von Arbeiten, die für Versicherte oder Dritte mit arbeitsbedingten Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden sind (§ 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 SGB VII),
 - d) Voraussetzungen, die Ärztinnen/Ärzte, die mit Untersuchungen oder Maßnahmen nach c) beauftragt sind, zu erfüllen haben, sofern die ärztliche Untersuchung nicht durch eine staatliche Rechtsvorschrift vorgesehen ist (§ 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 SGB VII),
 - e) die Sicherstellung einer wirksamen Ersten Hilfe durch die Unternehmerinnen/Unternehmer (§ 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 SGB VII),
 - f) die Maßnahmen, die die Unternehmerinnen/Unternehmer zur Erfüllung der sich aus dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit ergebenden Pflichten zu treffen haben (§ 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 SGB VII),
 - g) die Zahl der Sicherheitsbeauftragten, die nach § 22 SGB VII unter Berücksichtigung der in den Unternehmen für Leben und Gesundheit der Versicherten bestehenden arbeitsbedingten Gefahren und der Zahl der Beschäftigten zu bestellen sind (§ 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7, § 22 SGB VII, § 41 der Satzung).
2. In Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe überwacht die Berufsgenossenschaft die Durchführung der Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren sowie für eine wirksame Erste Hilfe in den Unternehmen und berät die Unternehmerinnen/Unternehmer sowie die Versicherten (§ 17 Absatz 1 SGB VII).

§ 39

**Bekanntmachung der Unfallverhütungsvorschriften,
Unterrichtung der Unternehmerinnen/Unternehmer sowie der Versicherten**

(1) Die von der Vertreterversammlung beschlossenen und vom zuständigen Ministerium genehmigten Unfallverhütungsvorschriften und deren Änderungen werden öffentlich bekannt gemacht (§ 98 der Satzung).

(2) Die Berufsgenossenschaft unterrichtet die Unternehmerinnen/Unternehmer über diese Vorschriften und die Bußgeldvorschriften; sie stellt ihnen die benötigten Unfallverhütungsvorschriften auf Anforderung zur Verfügung; die Unternehmerinnen/Unternehmer sind zur Unterrichtung der Versicherten verpflichtet. Die Unfallverhütungsvorschriften sind im Unternehmen und auf jedem bemannten Wasserfahrzeug so auszulegen, dass sie von den Versicherten jederzeit eingesehen werden können; auf jedem bemannten Wasserfahrzeug, mit Ausnahme offener und teilgedeckter Fischereifahrzeuge in der Küstenfischerei, sind sie auch im Karten- und Ruderhaus zur Verfügung zu halten.

§ 40

**Aufsichtsdienst, Aufsichtspersonen,
Befugnisse der Aufsichtspersonen,
Überwachung und Beratung der Unternehmen**

(1) Die Berufsgenossenschaft ist verpflichtet, Aufsichtspersonen in der für eine wirksame Überwachung und Beratung gemäß § 38 Absatz 2 Nummer 2 der Satzung erforderlichen Anzahl zu beschäftigen (§ 18 Absatz 1 SGB VII).

(2) Zur Überwachung der Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren und für eine wirksame Erste Hilfe sind die Aufsichtspersonen insbesondere befugt,

1. zu den Betriebs- und Geschäftszeiten Grundstücke und Betriebsstätten – Schiffe auch während der Liegezeit – zu betreten, zu besichtigen und zu prüfen (§ 19 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 SGB VII),
2. von der Unternehmerin/dem Unternehmer die zur Durchführung ihrer Überwachungsaufgabe erforderlichen Auskünfte zu verlangen (§ 19 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 SGB VII),

3. geschäftliche und betriebliche Unterlagen der Unternehmerin/des Unternehmers einzusehen, soweit die Durchführung ihrer Überwachungsaufgabe dies erfordert (§ 19 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 SGB VII),
4. Arbeitsmittel und persönliche Schutzausrüstungen sowie ihre bestimmungsgemäße Verwendung zu prüfen (§ 19 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 SGB VII),
5. Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufe zu untersuchen und insbesondere das Vorhandensein und die Konzentration gefährlicher Stoffe und Zubereitungen zu ermitteln oder, soweit die Aufsichtspersonen und die Unternehmerin/der Unternehmer die erforderlichen Feststellungen nicht treffen können, auf Kosten der Unternehmerin/des Unternehmers ermitteln zu lassen (§ 19 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 SGB VII),
6. gegen Empfangsbescheinigung Proben nach ihrer Wahl zu fordern oder zu entnehmen; soweit die Unternehmerin/der Unternehmer nicht ausdrücklich darauf verzichtet, ist ein Teil der Proben amtlich verschlossen oder versiegelt zurückzulassen (§ 19 Absatz 2 Satz 1 Nummer 6 SGB VII),
7. zu untersuchen, ob und auf welche betrieblichen Ursachen ein Unfall, eine Erkrankung oder ein Schadensfall zurückzuführen ist (§ 19 Absatz 2 Satz 1 Nummer 7 SGB VII),
8. die Begleitung durch die Unternehmerin/den Unternehmer oder eine von ihr/ihm beauftragte Person zu verlangen (§ 19 Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 SGB VII).

Die Unternehmerinnen/Unternehmer haben die Maßnahmen nach Satz 1 Nummer 1 und 3 bis 7 zu dulden. Die Eigentümerinnen/Eigentümer und Besitzerinnen/Besitzer der Grundstücke, auf denen die Unternehmerin/der Unternehmer tätig ist, haben das Betreten der Grundstücke zu gestatten (§ 19 Absatz 2 Satz 2 bis 5 SGB VII).

(3) Die Aufsichtspersonen können im Einzelfall anordnen, welche Maßnahmen Unternehmerinnen/Unternehmer oder Versicherte zu treffen haben

1. zur Erfüllung ihrer Pflichten aufgrund der Unfallverhütungsvorschriften nach § 15 SGB VII,
2. zur Abwendung besonderer Unfall- und Gesundheitsgefahren (§ 19 Absatz 1 Nummer 2 SGB VII).

Abschnitt VIII

Die Aufsichtspersonen sind berechtigt, bei Gefahr im Verzug sofort vollziehbare Anordnungen zur Abwendung von arbeitsbedingten Gefahren für Leben oder Gesundheit zu treffen (§ 19 Absatz 1 Satz 2 SGB VII).

(4) Die Unternehmerin/der Unternehmer hat die Aufsichtsperson zu unterstützen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Auskünfte auf Fragen, deren Beantwortung die Unternehmerin/der Unternehmer selbst oder die in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr der Verfolgung wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit aussetzen würde, können verweigert werden (§ 19 Absatz 3 SGB VII).

(5) Die Selbstverwaltungsorgane sollen bei der Behandlung von Fragen der Unfallverhütung und des Gesundheitsschutzes die Leiterin/den Leiter des Präventionsdienstes der Berufsgenossenschaft als sachverständige Person hören.

(6) Die Selbstverwaltungsorgane wachen darüber, dass die Unfallverhütungsvorschriften der technischen und organisatorischen Entwicklung in den Unternehmen entsprechen und den aus den Versicherungsfällen gewonnenen Erfahrungen angepasst werden.

§ 41

Sicherheitsbeauftragte

(1) In Unternehmen mit regelmäßig mehr als 20 Beschäftigten haben die Unternehmerinnen/Unternehmer unter Beteiligung des Betriebs- oder Personalrates Sicherheitsbeauftragte unter Berücksichtigung der im Unternehmen für die Beschäftigten bestehenden Unfall- und Gesundheitsgefahren und der Zahl der Beschäftigten zu bestellen (§ 22 Absatz 1 Satz 1 SGB VII).

(2) In Unternehmen mit besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit kann die Berufsgenossenschaft anordnen, dass Sicherheitsbeauftragte auch dann zu bestellen sind, wenn die Mindestbeschäftigungszahl nach Absatz 1 nicht erreicht wird. Für Unternehmen mit geringen Gefahren für Leben und Gesundheit kann die Berufsgenossenschaft die Zahl 20 in ihrer Unfallverhütungsvorschrift erhöhen (§ 38 Absatz 2 Nummer 1 der Satzung).

(3) Die Sicherheitsbeauftragten haben die Unternehmerinnen/Unternehmer bei der Durchführung der Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten zu unterstützen, insbesondere sich von dem Vorhandensein und der ordnungsgemäßen Benutzung der vorgeschriebenen Schutzeinrichtungen und persönlichen

Schutzausrüstungen zu überzeugen und auf Unfall- und Gesundheitsgefahren für die Versicherten aufmerksam zu machen (§ 22 Absatz 2 SGB VII).

(4) Die Sicherheitsbeauftragten dürfen wegen der Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben nicht benachteiligt werden (§ 22 Absatz 3 SGB VII).

§ 42

Aus- und Fortbildung

(1) Die Berufsgenossenschaft sorgt dafür, dass Personen in den Unternehmen, die mit der Durchführung der Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren sowie mit der Ersten Hilfe betraut sind, aus- und fortgebildet werden; sie hält die Unternehmerin/den Unternehmer sowie Versicherte dazu an, an Aus- und Fortbildungslehrgängen teilzunehmen (§ 23 Absatz 1 SGB VII).

(2) Die Berufsgenossenschaft trägt die unmittelbaren Kosten ihrer Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie die erforderlichen Fahr-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten. Bei Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Ersthelferinnen/Ersthelfer, die von Dritten durchgeführt werden, trägt die Berufsgenossenschaft nur die Lehrgangsgebühren (§ 23 Absatz 2 SGB VII).

(3) Die Versicherten haben für die Arbeitszeit, die wegen der Teilnahme an einem Lehrgang ausgefallen ist, gegen die Unternehmerin/den Unternehmer einen Anspruch auf Fortzahlung des Arbeitsentgelts (§ 23 Absatz 3 SGB VII).

§ 43

Überbetrieblicher arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst

(1) Die Berufsgenossenschaft richtet für die Unternehmen, für die sie zuständig ist, einen eigenen überbetrieblichen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Dienst ein, der als Organisationseinheit räumlich, personell und organisatorisch getrennt von den übrigen Teilen der Verwaltung geführt wird (§ 24 SGB VII). Dieser trägt die Bezeichnung „Arbeitsmedizinischer und Sicherheitstechnischer Dienst der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation“. Er hat für die Unternehmerinnen/Unternehmer, soweit diese für ihre Betriebe an den Dienst angeschlossen sind, die Aufgaben nach den §§ 3 und 6 des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheits-

Abschnitt VIII

gesetz – ASiG) wahrzunehmen. Zur Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Arbeitssicherheitsgesetz beauftragt der Dienst in der Regel andere geeignete Personen oder Institutionen.

(2) Angeschlossen sind alle Unternehmerinnen/Unternehmer für ihre Betriebe mit jeweils nicht mehr als durchschnittlich 50 Beschäftigten im Jahr, sofern sie nicht innerhalb von 9 Monaten nach Beginn ihrer Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft den Verpflichtungen aus der für sie geltenden Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ nachgekommen sind. Für die Unternehmen der Seefahrt (§ 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Satzung) gilt § 114 Absatz 3 des Betriebsverfassungsgesetzes zur Bestimmung eines Betriebes im Sinne von Satz 1 entsprechend.

Der Anschluss wird mit dem 01. des Monats wirksam, der auf den Ablauf der vorgenannten Frist folgt.

Unternehmerinnen/Unternehmer können für ihre Betriebe im Sinne von Satz 1 jederzeit, auch vor Ablauf der Frist, durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Dienst diesem beitreten. Ein Beitritt ist rückwirkend innerhalb des laufenden Kalenderjahres zulässig.

(3) Vom Anschluss an den Dienst werden auf schriftlichen Antrag diejenigen Unternehmerinnen/Unternehmer befreit, die nachweisen, dass sie ihrer Verpflichtung durch Bestellung geeigneter Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit oder entsprechender Dienste nachkommen. Die Befreiung wird wirksam mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf eines Quartals, nach dem der Nachweis erbracht ist. Bei einer Entscheidung für ein alternatives Betreuungsmodell nach der Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ werden die Unternehmerinnen/Unternehmer auf schriftlichen Antrag vom Anschluss an den Dienst mit Ablauf des Monats befreit, in dem sie nachgewiesen haben, dass sie an einer Grundschulung erfolgreich teilgenommen haben.

Die Befreiung nach Satz 1 kann widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen, unter denen sie eingetreten ist bzw. erteilt wurde, entfallen sind.

(4) Die angeschlossenen Unternehmerinnen/Unternehmer sind verpflichtet, die Leistungen des Dienstes bzw. der von ihm beauftragten Personen oder Institutionen in Anspruch zu nehmen und diese bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Sie haben insbesondere

1. alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen,

2. die Begehung der Arbeitsstätten und die Beratung und Untersuchung der Beschäftigten zu ermöglichen.

Der Anschluss an den Dienst entbindet die Unternehmerinnen/Unternehmer nicht von ihrer Verantwortung nach den Vorschriften, die die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Beschäftigten bei der Arbeit regeln.

(5) Der besondere Datenschutz nach § 24 Absatz 1 Satz 2 bis 4 SGB VII ist zu beachten.

§ 44

Aufbringung der Mittel für den überbetrieblichen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Dienst

(1) Die Mittel für den Dienst werden von den angeschlossenen Unternehmerinnen/Unternehmern aufgebracht (§ 151 SGB VII). Die Beiträge müssen den Bedarf decken.

(2) Die Berufsgenossenschaft kann Vorschüsse oder Teilzahlungen auf die Beiträge erheben. Soweit die Beiträge den Bedarf für das abgelaufene Kalenderjahr überschreiten, werden diese den Betriebsmitteln des Dienstes zugeführt. Es wird ein Mindestbeitrag erhoben, dessen Höhe dem Beitrag für 1.600 geleistete Arbeitsstunden pro Jahr entspricht.

(3) Die Beiträge werden nach der Zahl der in einem Kalenderjahr in dem Betrieb von den Beschäftigten geleisteten Arbeitsstunden berechnet. Die Unternehmerinnen/Unternehmer haben die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden mit dem elektronischen Lohnnachweis nach § 30 zu übermitteln. Wird die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden nicht mit dem elektronischen Lohnnachweis nach § 30 übermittelt, haben die Unternehmerinnen/Unternehmer diese innerhalb von 6 Wochen nach Ablauf eines Kalenderjahres an die Berufsgenossenschaft zu melden. Übermitteln die Unternehmerinnen/Unternehmer die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden nicht, nicht rechtzeitig, falsch oder unvollständig, kann die Berufsgenossenschaft eine Schätzung vornehmen und dabei die an die Berufsgenossenschaft gemäß § 30 Absatz 1 der Satzung gemeldeten Angaben berücksichtigen. Dabei sind die Angaben über die Zahl der von den Beschäftigten geleisteten Arbeitsstunden aus dem Vorjahr für die Beitragsrechnung entsprechend Satz 1 zugrunde zu legen. Stellt die Berufsgenossenschaft nachträglich fest, dass die von der Unternehmerin/von dem Unternehmer gemachten Angaben nicht den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen, kann die Berufsgenossenschaft die Angaben entsprechend korrigieren. Ausführungsbestimmungen erlässt der Vorstand.

Abschnitt IX

(4) Die Berufsgenossenschaft teilt den Beitragspflichtigen den von ihnen zu zahlenden Beitrag schriftlich mit (§ 168 Absatz 1 SGB VII). Der Beitrag wird am 15. eines Monats fällig, der dem Monat folgt, in dem der Beitragsbescheid dem Beitragspflichtigen bekannt geworden ist (§ 23 Absatz 3 SGB IV). § 33 der Satzung und § 66 Absatz 4 SGB X gelten entsprechend.

(5) Im Falle einer Leistungserbringung im Ausland tragen die Unternehmerinnen/Unternehmer die Mehraufwendungen, insbesondere Reise- und Unterbringungskosten, soweit diese im Vergleich zur Leistungserbringung im Inland erforderlich sind. Die Leistungen des Dienstes können von den Unternehmerinnen/Unternehmern im Rahmen des Umfangs, der sich aus der für das Unternehmen geltenden Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ ergibt, in Anspruch genommen werden.

Abschnitt IX

Gesetzliche Versicherung und Beitragsberechnung der Küstenschifferinnen/Küstenschiffer, Küstenfischerinnen/Küstenfischer sowie ihrer im Unternehmen tätigen Ehegattinnen/Ehegatten oder Lebenspartnerinnen/Lebenspartner

§ 45

Meldepflicht, Beitragserhebung und Zusatzversicherung

(1) Die kraft Gesetzes versicherten Küstenschifferinnen/Küstenschiffer, Küstenfischerinnen/Küstenfischer sowie ihre mitarbeitenden Ehegattinnen/Ehegatten oder Lebenspartnerinnen/Lebenspartner (§ 2 Absatz 1 Nummer 7 SGB VII) haben den Eintritt und den Wegfall der Voraussetzungen ihrer Versicherungspflicht binnen einer Woche der Berufsgenossenschaft mitzuteilen.

(2) Die Beiträge werden nach dem festgesetzten Durchschnitt ihres Jahreseinkommens (§ 154 Absatz 2 i. V. m. § 92 Absatz 3, 4 und 6 SGB VII) und der Gefahrklasse des Hauptunternehmens berechnet. Die Erhebung der Beiträge und des Vorschusses erfolgt entsprechend § 32 der Satzung.

(3) Für die in Absatz 1 bezeichneten Versicherten hat die Berufsgenossenschaft der Versicherung auf schriftlichen Antrag einen höheren als den gemäß § 92 Absatz 3 und 4 SGB VII festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst zugrunde zu legen (§ 83 Satz 2 SGB VII). Die §§ 48 bis 51 der Satzung gelten entsprechend.

Abschnitt X

Ausdehnung der Versicherung

Erster Unterabschnitt

Pflichtversicherung der Unternehmerinnen/Unternehmer kraft Satzung

§ 46

Kreis der Versicherten

- (1) Die Versicherung wird auf die Unternehmerinnen/Unternehmer der in § 3 Absatz 2 Nummer 1 bis 3 der Satzung genannten Betriebe erstreckt (§ 3 Absatz 1 SGB VII) sowie auf patentierte Binnenlotsinnen/Binnenlotsen, die ein amtliches Lotsenpatent besitzen und den Lotsendienst auf der im Patent bezeichneten Strecke versehen.
- (2) Die nach Absatz 1 versicherten Personen können von der Versicherungspflicht befreit werden, wenn im Jahresdurchschnitt regelmäßig mehr als fünf Personen beschäftigt werden. Teilzeitkräfte sind entsprechend auf Vollzeitkräfte umzurechnen, dabei wird von einer Wochenarbeitszeit von 40 Stunden ausgegangen.
- (3) Die nach Absatz 1 versicherten Personen können für die Zeit von der Versicherungspflicht befreit werden, in der sie wegen Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit Geldleistungen beziehen, mit denen diese Tätigkeit nach dem SGB II oder SGB III gefördert wird. Ausgenommen von der Befreiung ist der Bezug von Geldleistungen für die Beschaffung von Sachgütern nach § 16c Abs. 1 SGB II.
- (4) Die übrigen nach Absatz 1 versicherten Personen können befreit werden, wenn sie nach ihren Angaben im Unternehmen dauernd nicht oder nur geringfügig tätig werden.
- (5) Eine geringfügige Tätigkeit im Sinne von Absatz 4 kann angenommen werden, wenn die wöchentliche Arbeitszeit weniger als 15 Stunden beträgt oder wenn die jährliche Tätigkeit zwei Monate oder 50 Arbeitstage nicht überschreitet. Auf Anforderung der Berufsgenossenschaft hat die versicherte Person einen entsprechenden Nachweis über die geringfügige Tätigkeit zu erbringen.
- (6) Die Befreiung von der Versicherungspflicht muss bei der Berufsgenossenschaft schriftlich mit eigenhändiger Unterzeichnung beantragt werden.

Abschnitt X

Sie wird mit dem Beginn des Monats wirksam, der auf den Monat folgt, in dem der Antrag bei der Berufsgenossenschaft eingegangen ist. Bei der Neueintragung in das Unternehmerverzeichnis wird die Befreiung ab Beginn der Eintragung ausgesprochen, wenn der Antrag innerhalb eines Monats nach Zustellung des Zuständigkeitsbescheides bei der Berufsgenossenschaft eingeht.

(7) Sind die Voraussetzungen für die Befreiung von der Versicherung (Absatz 2 bis 5) nicht mehr gegeben, so hat die Unternehmerin/der Unternehmer dies der Berufsgenossenschaft anzuzeigen.

(8) Wird der Berufsgenossenschaft bekannt, dass die Voraussetzungen für die Befreiung nicht mehr gegeben sind, so ist sie zu widerrufen. Der Widerruf wird mit Beginn des auf die Zustellung des Verwaltungsaktes folgenden Monats wirksam.

(9) Zeigen die Betroffenen den Wegfall der Voraussetzungen nach Absatz 7 an oder beantragen sie das Wiederaufleben der Versicherung bei noch bestehenden Voraussetzungen für die Befreiung, so tritt die Versicherung mit dem Tag nach Eingang der schriftlichen, eigenhändig unterzeichneten Erklärung wieder in Kraft.

(10) Die Versicherung erstreckt sich auf alle Unternehmen der Unternehmerinnen/Unternehmer, für die die Berufsgenossenschaft zuständig ist.

(11) Absatz 10 findet auch auf natürliche Personen Anwendung, die als Unternehmerin/Unternehmer oder nach § 52 der Satzung versichert sind und in weiteren Gesellschaften unternehmerisch tätig werden.

§ 47

Versicherungssumme

(1) Für die Berechnung der Beiträge und Geldleistungen der Versicherten nach § 46 der Satzung gilt als Jahresarbeitsverdienst der Betrag von 26.000 Euro.

(2) Das Sterbegeld wird nach der zum Zeitpunkt des Todes geltenden Bezugsgröße errechnet (§ 64 Absatz 1 SGB VII).

(3) Die Beitragsberechnung erfolgt nach der Versicherungssumme und der Gefahrklasse des Hauptunternehmens.

(4) Beginnt oder endet die Versicherung im Laufe des Kalenderjahres, wird der Beitrags-

berechnung nur ein entsprechender Teil des Jahresarbeitsverdienstes zugrunde gelegt (§ 154 Absatz 1 SGB VII).

§ 48 Zusatzversicherung

(1) Die Berufsgenossenschaft hat der Versicherung auf schriftlichen Antrag der nach § 46 Absatz 1 der Satzung versicherten Person eine höhere Versicherungssumme als die in § 47 der Satzung bestimmte zugrunde zu legen (§ 83 Satz 2 SGB VII). Der Betrag muss auf volle 1.000 Euro lauten und darf den in § 37 Abs. 2 genannten Höchstbetrag nicht übersteigen. Die Versicherungssumme soll das tatsächliche Einkommen aus der versicherten Unternehmertätigkeit nicht übersteigen. Die Berufsgenossenschaft kann einen entsprechenden Nachweis verlangen.

Die Beitragsberechnung erfolgt nach § 47 Absatz 3 der Satzung.

(2) Die nach Absatz 1 festgestellte Versicherungssumme tritt am Tage nach Eingang des Antrages bei der Berufsgenossenschaft an die Stelle des in § 47 der Satzung genannten Betrages. Das gilt nicht für die Berechnung des Verletzten- oder Übergangsgeldes im Falle der Wiedererkrankung an Unfallfolgen (§ 48 SGB VII), wenn der Versicherungsfall bereits vor Abschluss oder Erhöhung der Zusatzversicherung eingetreten ist. In diesen Fällen ist von der zum Zeitpunkt des Versicherungsfalles maßgeblichen Versicherungssumme auszugehen. § 55 Satz 2 und 3 der Satzung gelten entsprechend.

(3) Die Zusatzversicherung wird mit Ablauf des Monats, in dem ein schriftlicher Antrag bei der Berufsgenossenschaft eingegangen ist, aufgehoben oder auf eine andere Versicherungssumme umgestellt. Sie tritt, unbeschadet der Regelung in § 50 der Satzung außer Kraft, wenn der auf sie entfallende Beitrag oder Beitragsvorschuss binnen zweier Monate nach Fälligkeit nicht gezahlt worden ist. Eine Neuanschuldung bleibt so lange unwirksam, bis der rückständige Beitrag oder Beitragsvorschuss entrichtet worden ist.

§ 49 Umfang und Beginn der Leistungen

(1) Die nach § 46 der Satzung versicherten Personen erhalten bei Versicherungsfällen Leistungen nach Gesetz und Satzung.

(2) Heilbehandlung (§ 27 SGB VII) und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (§ 35 SGB VII) werden vom Tage des Arbeitsunfalls an gewährt. Geldleistungen beginnen mit dem

Abschnitt X

Tag, ab dem die Arbeitsunfähigkeit infolge des Arbeitsunfalls ärztlich festgestellt worden ist, soweit durch Absatz 3 und durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(3) Das Verletztengeld aus der Zusatzversicherung wird bei ambulanter Behandlung erst nach Ablauf von 42 Tagen gezahlt. Die Frist nach Satz 1 beginnt am Tag, ab dem die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt worden ist. Satz 1 gilt nicht für Versicherte, die bei einer Krankenkasse mit Anspruch auf Krankengeld versichert sind (§ 46 Absatz 2 Satz 2 SGB VII).

§ 50

Beendigung der Versicherung

(1) Sind die Voraussetzungen für die Versicherung kraft Satzung nicht mehr erfüllt, so endet sie mit dem Schluss des Monats, in dem die Unternehmerin/der Unternehmer den Wegfall der Voraussetzungen anzeigt. Bei Wegfall der Voraussetzungen hat auch die Berufsgenossenschaft das Recht, der Unternehmerin/dem Unternehmer mitzuteilen, dass sie die Versicherung als beendet betrachtet. Dies gilt auch für die Beendigung der Zusatzversicherung nach § 48 der Satzung.

(2) Bei Überweisung des Unternehmens erlöschen die Versicherung und die Zusatzversicherung mit dem Tage, an dem die Überweisung wirksam wird (§ 137 SGB VII). Bei Einstellung des Unternehmens oder bei Ausscheiden der Unternehmerin/des Unternehmers aus dem Unternehmen erlöschen die Versicherung und die Zusatzversicherung mit dem Tage des Ereignisses.

§ 51

Versicherungsschein

Die Berufsgenossenschaft erteilt der gemäß § 46 der Satzung versicherten Unternehmerin/dem versicherten Unternehmer einen Versicherungsschein. Besteht eine Zusatzversicherung (§ 48 der Satzung), so wird die Versicherungssumme in dem Versicherungsschein angegeben.

Zweiter Unterabschnitt

Freiwillige Versicherung

§ 52

Kreis der Versicherungsberechtigten

(1) Mitarbeitende Ehegattinnen/Ehegatten oder Lebenspartnerinnen/Lebenspartner von Unternehmerinnen/Unternehmern der in § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bis 5 und Absatz 3 der Satzung genannten Unternehmen sowie Unternehmerinnen/Unternehmer gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 und 5 sowie Absatz 3 der Satzung können sich freiwillig versichern, soweit sie nicht schon auf Grund anderer Vorschriften versichert sind. Dies gilt auch für Personen, die in Kapital- oder Personenhandels-gesellschaften regelmäßig wie Unternehmerinnen/Unternehmer selbstständig tätig sind (§ 6 Absatz 1 Nummer 1 und 2 SGB VII) und für Personen, die als gewählte oder beauftragte Ehrenamtsträger in gemeinnützigen Organisationen nach § 3 Absatz 3 der Satzung tätig sind (§ 6 Absatz 1 Nummer 3 SGB VII).

(2) Die freiwillige Versicherung erstreckt sich auf alle Unternehmen der Unternehmerinnen/Unternehmer, für die die Berufsgenossenschaft zuständig ist, sofern in diesen für die versicherte Person eine Versicherungsberechtigung nach Absatz 1 besteht.

§ 53

Antrag, Versicherungssumme

Die freiwillige Versicherung erfolgt durch schriftlichen oder elektronischen Antrag der nach § 52 Absatz 1 der Satzung versicherungsberechtigten Person (§ 6 Absatz 1 SGB VII). Der Antrag muss die Versicherungssumme in vollen 1.000 Euro angeben, die der Versicherung als Jahresarbeitsverdienst zugrunde gelegt werden soll. Die Versicherungssumme darf den in § 37 Abs. 2 genannten Höchstbetrag nicht übersteigen. Als Mindestversicherungssumme gilt der in § 47 Absatz 1 der Satzung genannte Betrag. Die Versicherungssumme gilt sowohl für die Berechnung der Beiträge als auch der Geldleistungen (§§ 54 und 56 der Satzung). Ist die Versicherungssumme in dem Antrag nicht angegeben, so gilt die Mindestversicherungssumme.

§ 54

Beitrag

Die Beitragsberechnung erfolgt nach § 47 Absatz 3 der Satzung.

§ 55
Beginn der Versicherung

Die Versicherung beginnt mit dem Tage nach Eingang des schriftlichen oder elektronischen Antrags bei der Berufsgenossenschaft, sofern nicht ein späterer Zeitpunkt beantragt wird. Berufskrankheiten und Krankheiten, die wie Berufskrankheiten entschädigt werden können, die sich die Antragstellerin/der Antragsteller vor Beginn der freiwilligen Versicherung zugezogen hat, fallen nicht unter die Versicherung. Die Berufsgenossenschaft kann eine ärztliche Untersuchung vornehmen lassen, um festzustellen, ob die Antragstellerin/der Antragsteller an Berufskrankheiten leidet.

§ 56
Umfang und Beginn der Leistungen

(1) Die nach § 52 der Satzung freiwillig versicherten Personen erhalten bei Versicherungsfällen Leistungen nach Gesetz und Satzung.

(2) Heilbehandlung (§ 27 SGB VII) und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (§ 35 SGB VII) werden vom Tage des Arbeitsunfalls an gewährt. Geldleistungen beginnen mit dem Tag, ab dem die Arbeitsunfähigkeit infolge des Arbeitsunfalls ärztlich festgestellt worden ist, soweit durch Absatz 3 und durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(3) Das Verletztengeld aus der die Mindestversicherungssumme übersteigenden freiwilligen Versicherung wird bei ambulanter Behandlung erst nach Ablauf von 42 Tagen gezahlt. Die Frist nach Satz 1 beginnt am Tag, von dem an die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt worden ist. Soweit die Bezüge der Versicherten von den Unternehmen fortgezahlt werden, wird das Verletztengeld nicht gezahlt. Satz 1 gilt nicht für Versicherte, die bei einer Krankenkasse mit Anspruch auf Krankengeld versichert sind (§ 46 Absatz 2 Satz 2 SGB VII).

§ 57
Änderung der Versicherungssumme

Die freiwillige Versicherung wird mit Ablauf des Monats, in dem ein schriftlicher oder elektronischer Antrag der nach § 52 Absatz 1 der Satzung versicherungsberechtigten Person bei der Berufsgenossenschaft eingegangen ist, auf eine andere Versicherungssumme umgestellt, sofern nicht ein späterer Zeitpunkt genannt wird. Die geänderte Versicherungssumme gilt nicht für Versicherungsfälle, die bereits vor der Umstellung eingetreten sind.

§ 58 Beendigung der Versicherung

Die freiwillige Versicherung erlischt

- bei Überweisung des Unternehmens mit dem Tag, an dem die Überweisung wirksam wird (§ 137 SGB VII),
- bei Einstellung des Unternehmens, beim Ausscheiden der versicherten Person aus dem Unternehmen oder im Falle ihres Todes mit dem Tag des Ereignisses.

Für die Beendigung der Versicherung gilt ferner § 48 Absatz 3 der Satzung entsprechend.

§ 59 Versicherungsschein

Die Berufsgenossenschaft bestätigt der versicherten Person die Versicherung und teilt ihr hierbei die Höhe der Versicherungssumme mit.

Dritter Unterabschnitt

Versicherung anderer Personen kraft Satzung

§ 60 Versicherung nicht im Unternehmen beschäftigter Personen

(1) Personen, die nicht im Unternehmen beschäftigt sind, aber als Mitglieder von Prüfungsausschüssen, als Prüflinge oder als Teilnehmerinnen/Teilnehmer an Veranstaltungen der zusätzlichen Berufsschulung die Stätte des Unternehmens im Auftrage oder mit Zustimmung der Unternehmerin/des Unternehmers aufsuchen oder auf ihr verkehren, sind während ihres Aufenthaltes auf der Stätte des Unternehmens gegen die ihnen hierbei zustoßenden Versicherungsfälle beitragsfrei versichert, soweit sie nicht schon nach anderen Vorschriften versichert sind (§ 3 Absatz 1 Nummer 2 SGB VII).

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für

1. Mitglieder von Aufsichtsräten, Beiräten, Verwaltungsräten, Vorständen sowie sonstigen Organen und Ausschüssen,

Abschnitt XI

2. selbständige Angehörige der beratenden freien Berufe in Ausübung ihrer selbständigen Tätigkeit,
3. Mitglieder von Prüfungsausschüssen oder Teilnehmer an Prüfungen, die der beruflichen Aus- und Fortbildung dienen,

wenn es sich bei der aufgesuchten Stätte um die eines Unternehmens des § 3 Absatz 2 Nummer 5 und Absatz 3 der Satzung handelt.

(3) Für die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes gelten die §§ 81 ff. SGB VII. Für Beginn und Umfang der Leistungen gilt § 49 Absatz 1 und 2 der Satzung.

§ 61

Versicherung deutscher Seeleute auf ausländischen Schiffen

Auf Antrag der Reederin/des Reeders werden deutsche Seeleute, die auf einem Seeschiff beschäftigt sind, das nicht berechtigt ist, die Bundesflagge zu führen, in der gesetzlichen Unfallversicherung versichert, wenn die Reederin/der Reeder das Seeschiff der Unfallverhütung und Schiffssicherheitsüberwachung durch die Berufsgenossenschaft unterstellt hat und der Staat, dessen Flagge das Seeschiff führt, der Versicherung nicht widerspricht (§ 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 SGB IV).

Eine Reederin/ein Reeder mit Sitz im Ausland hat für die Erfüllung ihrer/seiner Verbindlichkeiten gegenüber der Berufsgenossenschaft eine Bevollmächtigte/einen Bevollmächtigten im Inland zu bestellen (§ 2 Absatz 3 Satz 4 SGB IV).

Abschnitt XI

Ordnungswidrigkeiten und Geldbußen

§ 62

Ordnungswidrigkeiten

(1) Unternehmerinnen/Unternehmer oder Versicherte handeln ordnungswidrig, wenn sie gegen Vorschriften verstoßen, deren Verletzung mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

Dies gilt insbesondere bei

1. Zuwiderhandlungen gegen Unfallverhütungsvorschriften, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand als Ordnungswidrigkeit aufgeführt sind, oder vollziehbare Anordnungen der Berufsgenossenschaft (§ 209 Absatz 1 Nummer 1 und 2 SGB VII),
2. Zuwiderhandlungen gegen die Pflicht zur Duldung von Maßnahmen der Berufsgenossenschaft (§ 209 Absatz 1 Nummer 3 SGB VII),
3. Verstößen gegen die gesetzlich bestimmten Unterrichts-, Melde-, Nachweis-, Aufbewahrungs-, Mitteilungs-, Anzeige-, Aufzeichnungs- und Auskunftspflichten (§ 209 Absatz 1 Nummer 4 bis 10 SGB VII),
4. Anrechnung von Beiträgen zur gesetzlichen Unfallversicherung auf das Arbeitsentgelt von Beschäftigten (§ 209 Absatz 2 SGB VII),
5. der Verletzung der Aufsichtspflicht (§ 130 Absatz 1 OWiG).

(2) Ordnungswidrig handelt, wer als Arbeitgeberin/Arbeitgeber vorsätzlich oder leichtfertig eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt oder eine Unterlage nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt (§ 98 Absatz 1 und 5 SGB X).

(3) Ordnungswidrig handelt auch, wer als Ärztin/Arzt oder Zahnärztin/Zahnarzt entgegen § 203 Absatz 1 Satz 1 SGB VII eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt (§ 209 Absatz 1 Nummer 11 SGB VII).

(4) In den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 und 2 kann eine Geldbuße bis zu 10.000 Euro festgesetzt werden. In den Fällen des Absatzes 1 Nummer 4 und des Absatzes 2 beträgt die Geldbuße bis zu 5.000 Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 3 und des Absatzes 3 bis zu 2.500 Euro. Diese Grenzen gelten auch in den Fällen der Verletzung der Aufsichtspflicht nach Absatz 1 Nummer 5 (§ 130 Absatz 1 OWiG).

§ 63

Geldbußen gegen Vertretungsberechtigte und Beauftragte

(1) Soweit nach § 62 der Satzung gegen Unternehmerinnen/Unternehmer Geldbußen verhängt werden können, gilt dies auch gegenüber

Abschnitt XI

1. dem vertretungsberechtigten Organ einer juristischen Person oder den Mitgliedern eines solchen Organs,
2. der vertretungsberechtigten Gesellschafterin/dem vertretungsberechtigten Gesellschafter einer rechtsfähigen Personengesellschaft oder
3. den gesetzlichen Vertreterinnen/Vertretern der Unternehmerin/des Unternehmers (§ 9 Absatz 1 OWiG).

(2) Sind Personen von der Unternehmerin/dem Unternehmer oder einer sonst dazu befugten Person

1. beauftragt, das Unternehmen ganz oder zum Teil zu leiten, oder
2. ausdrücklich beauftragt, in eigener Verantwortung Aufgaben wahrzunehmen, die der Inhaberin/dem Inhaber des Betriebes obliegen,

und handeln sie auf Grund dieses Auftrages, so sind Vorschriften, die für die Unternehmerin/den Unternehmer gelten, auch auf die beauftragten Personen anzuwenden, wenn besondere Eigenschaften, Verhältnisse oder Umstände (besondere persönliche Merkmale), welche die Möglichkeit einer Ahndung begründen, zwar nicht bei ihnen, aber bei der Unternehmerin/dem Unternehmer vorliegen. Dies gilt sinngemäß für Personen, welche von einer Stelle beauftragt sind, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt (§ 9 Absatz 2 OWiG).

(3) Die Absätze 1 und 2 sind auch dann anzuwenden, wenn die Rechtshandlung, welche die Vertretungsbefugnis oder das Auftragsverhältnis begründen sollte, unwirksam ist (§ 9 Absatz 3 OWiG).

§ 64

Geldbußen bei Verletzung der Aufsichtspflicht

(1) Unternehmerinnen/Unternehmer handeln ordnungswidrig, wenn sie vorsätzlich oder fahrlässig erforderliche Aufsichtsmaßnahmen unterlassen und infolgedessen eine zu beaufsichtigende Person gegen eine Vorschrift verstößt, deren Verletzung mit einem Bußgeld geahndet werden kann. Zu den erforderlichen Aufsichtsmaßnahmen gehören auch die Bestellung, sorgfältige Auswahl und Überwachung von Aufsichtspersonen (§ 130 Absatz 1 OWiG).

(2) Den Unternehmerinnen/Unternehmern stehen gleich

1. ihre gesetzlichen Vertreterinnen/Vertreter,
2. die Mitglieder des zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organs einer juristischen Person sowie die vertretungsberechtigten Gesellschafterinnen/Gesellschafter einer rechtsfähigen Personengesellschaft,
3. Personen, die beauftragt sind, das Unternehmen ganz oder zum Teil zu leiten, soweit es sich um Pflichten handelt, für deren Erfüllung sie verantwortlich sind (§ 9 Absatz 2 OWiG).

(3) Das Höchstmaß der Geldbuße wegen der Aufsichtspflichtverletzung richtet sich nach dem für die Pflichtverletzung angedrohten Höchstmaß der Geldbuße (§ 130 Absatz 3 Satz 2 OWiG).

Abschnitt XII

Übergangsregelungen zur Vereinigung der Berufsgenossenschaft für Fahrzeughaltungen und der See-Berufsgenossenschaft

Erster Unterabschnitt

Übergangsregelungen nach § 118 Absatz 1 Satz 3 und 6 SGB VII zur Verfassung der Berufsgenossenschaft

§ 65 (weggefallen)

Zweiter Unterabschnitt

Übergangsregelungen nach § 118 Absatz 1 Satz 3 und 4 SGB VII über die Gefahr- und Beitragsgestaltung

§ 66
(weggefallen)

Erster Titel

Übergangsvorschriften für die Unternehmen der Seefahrt

§ 67
(weggefallen)

§ 68
(weggefallen)

§ 69
(weggefallen)

§ 70
(weggefallen)

§ 71
(weggefallen)

§ 72
(weggefallen)

§ 73
(weggefallen)

§ 74
(weggefallen)

Zweiter Titel

Gemeinsame Übergangsvorschriften

§ 75
(weggefallen)

§ 76
(weggefallen)

§ 77
(weggefallen)

Dritter Unterabschnitt

Sonstige Übergangsregelungen

§ 78
(weggefallen)

§ 79
(weggefallen)

§ 80
(weggefallen)

Abschnitt XIII

Übergangsregelungen zur Errichtung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation

Erster Unterabschnitt

Übergangsregelungen nach Artikel 2 Abschnitt 1 § 3 Absatz 2, Abschnitt 3 §§ 10 ff. BUK-NOG i. V. m. § 118 Absatz 1 Satz 3 und 6 SGB VII zur Verfassung der Berufsgenossenschaft

§ 81

Einführungsvorschrift

Vom 1. Januar 2016 bis zur Einführung einer gemeinsamen Umlage, längstens bis zum 31. Dezember 2023, gelten für die Verfassung der Berufsgenossenschaft die Vorschriften dieses Unterabschnitts.

§ 82

Aufbauorganisation, Sparte und Zuständigkeit

(1) Die Berufsgenossenschaft untergliedert sich in den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft einerseits und in denjenigen der der Unfallkasse Post und Telekom als Sparte „Post, Postbank, Telekom“ andererseits. Die Sparte hat keine eigene Rechtspersönlichkeit.

(2) Die Berufsgenossenschaft ist damit zuständig für die Unternehmen und Unternehmensarten, für die die Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft bis zum 31. Dezember 2015 zuständig war (§ 121 Absatz 2 Nummer 1 und 2 SGB VII). Sie nimmt darüber hinaus die übertragenen Bundesaufgaben im Bereich der Seeschifffahrt und des Seeärztlichen Dienstes sowie die Aufgaben der benannten Stelle nach der Schiffsausrüstungsrichtlinie 96/98/EG wahr.

(3) Die Sparte „Post, Postbank, Telekom“ in der Berufsgenossenschaft ist zuständig für die Unternehmen, für die die Unfallkasse Post und Telekom bis zum 31. Dezember 2015 zuständig war (§ 121 Absatz 2 Nummer 3 bis 8 SGB VII). Sie nimmt darüber hinaus die übertragenen Aufgaben nach Artikel 2 Abschnitt 1 § 5 Absatz 1 und Abschnitt 4 § 15 Satz 1 BUK-NOG wahr.

§ 83

Selbstverwaltungsorgane

(1) Die am 31. Dezember 2015 amtierenden Mitglieder der Vertreterversammlungen der Unfallkasse Post und Telekom und der Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft werden Mitglieder der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation.

Das Gleiche gilt für die am 31. Dezember 2015 amtierenden stellvertretenden Mitglieder der in Satz 1 genannten Vertreterversammlungen.

(2) Die am 31. Dezember 2015 amtierenden Mitglieder des Vorstandes der Unfallkasse Post und Telekom und des Vorstandes der Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft werden Mitglieder des Vorstandes der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation.

Das Gleiche gilt für die am 31. Dezember 2015 amtierenden stellvertretenden Mitglieder der in Satz 1 genannten Vorstände.

(3) Die Vertreterversammlung setzt sich mit Beginn der 12. Wahlperiode aus je 30 Vertreterinnen/Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber zusammen (§ 43 Absatz 1 Satz 1 und 2, § 44 Absatz 1 Nummer 1 SGB IV). In der 12. Wahlperiode obliegt der Vertreterversammlung ergänzend zu § 13 der Satzung die Bestimmung der Mitglieder der Spartenversammlung, sofern die Voraussetzungen des § 85 Absatz 3 Satz 2 vorliegen.

(4) Der Vorstand setzt sich mit Beginn der 12. Wahlperiode aus je 14 Vertreterinnen/Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber zusammen (§ 43 Absatz 1 Satz 1, § 44 Absatz 1 Satz 1 SGB IV). In der 12. Wahlperiode obliegt dem Vorstand ergänzend zu § 17 der Satzung die Bestimmung der Mitglieder des Spartenbeirats, sofern die Voraussetzungen des § 87 Absatz 3 Satz 2 vorliegen.

§ 84

Standorte und Spartensitz

Tübingen, Berlin und Darmstadt gehen als Standorte der Sparte „Post, Postbank, Telekom“ in die Berufsgenossenschaft über. Spartensitz ist Tübingen.

§ 85
Spartenversammlung

- (1) Für die Sparte „Post, Postbank, Telekom“ wird eine Spartenversammlung gebildet.
- (2) In der 11. Wahlperiode setzt sich die Spartenversammlung aus den am 31. Dezember 2015 amtierenden Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern der Vertreterversammlung der Unfallkasse Post und Telekom zusammen.
- (3) In der 12. Wahlperiode setzt sich die Spartenversammlung aus jeweils vier für die Vertreterversammlung gewählten Vertreterinnen/Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber aus dem Bereich der ehemaligen Unfallkasse Post und Telekom zusammen. Werden mehr als jeweils vier Vertreterinnen/Vertreter aus dem Bereich der ehemaligen Unfallkasse Post und Telekom in die Vertreterversammlung gewählt, bestimmt die Vertreterversammlung die Mitglieder der Spartenversammlung. Werden weniger als vier Vertreterinnen/Vertreter aus dem Bereich der ehemaligen Unfallkasse Post und Telekom in die Vertreterversammlung gewählt, werden die übrigen Mitglieder auf Vorschlag der Listenträger durch die Vertreterversammlung in die Spartenversammlung berufen.
- (4) Hinsichtlich der Beschlussfähigkeit der Spartenversammlung gilt § 15 Absatz 2, 4 und 5 der Satzung entsprechend, hinsichtlich der Beschlussfassung der Spartenversammlung gilt § 15 Absatz 6 und 7 der Satzung entsprechend.

§ 86
Aufgaben der Spartenversammlung

Die Spartenversammlung „Post, Postbank, Telekom“ hat folgende Aufgaben:

1. Wahl und Abberufung ihrer Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden,
2. Beschluss über die Geschäftsordnung,
3. Beschlussempfehlung an die Vertreterversammlung über Unfallverhütungsvorschriften,
4. Beschlussempfehlung an die Vertreterversammlung über die Feststellung des Haushaltsplans,

5. Entlastung des Spartenbeirats und der Spartengeschäftsführerin/des Spartengeschäftsführers,
6. Beschlussempfehlung an die Vertreterversammlung über den Gehaltstarif,
7. Beschlussempfehlung an die Vertreterversammlung über die Bestimmung der Zahl der Widerspruchs- und Einspruchsausschüsse und bei der Bestellung ihrer Mitglieder,
8. Beschlussempfehlung an die Vertreterversammlung über die Dienstordnung und den Stellenplan für die Beamtinnen/Beamten und Angestellten der Berufsgenossenschaft,
9. Beschluss über Angelegenheiten, die der Spartenbeirat der Spartenversammlung vorlegt,
10. Beschluss über Angelegenheiten, die den Bestand der Sparte „Post, Postbank, Telekom“ betreffen.

§ 87 Spartenbeirat

- (1) Für die Sparte „Post, Postbank, Telekom“ wird ein Spartenbeirat gebildet.
- (2) In der 11. Wahlperiode setzt sich der Spartenbeirat aus den am 31. Dezember 2015 amtierenden Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Vorstandes der Unfallkasse Post und Telekom zusammen.
- (3) In der 12. Wahlperiode setzt sich der Spartenbeirat aus jeweils zwei für den Vorstand gewählten Vertreterinnen/Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber aus dem Bereich der ehemaligen Unfallkasse Post und Telekom zusammen. Werden mehr als jeweils zwei Vertreterinnen/Vertreter aus dem Bereich der ehemaligen Unfallkasse Post und Telekom in den Vorstand gewählt, bestimmt der Vorstand die Mitglieder des Spartenbeirats. Werden weniger als zwei Vertreterinnen/Vertreter aus dem Bereich der ehemaligen Unfallkasse Post und Telekom in den Vorstand gewählt, werden die übrigen Mitglieder auf Vorschlag der Listenträger durch den Vorstand in den Spartenbeirat berufen.
- (4) Hinsichtlich der Beschlussfähigkeit des Spartenbeirats gilt § 15 Absatz 2, 3 und 5 der

Abschnitt XIII

Satzung entsprechend, hinsichtlich der Beschlussfassung des Spartenbeirats gilt § 15 Absatz 6 und 7 der Satzung entsprechend.

(5) Die Spartengeschäftsführerin/der Spartengeschäftsführer nimmt an den Sitzungen des Spartenbeirats mit beratender Stimme teil. Die/der Vorsitzende der Geschäftsführung hat ein Teilnahmerecht an den Sitzungen des Spartenbeirats; sie/er nimmt mit beratender Stimme teil.

§ 88 Aufgaben des Spartenbeirates

Der Spartenbeirat „Post, Postbank, Telekom“ hat folgende Aufgaben:

1. Wahl und Abberufung seiner Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden,
2. Beschluss über die Geschäftsordnung,
3. Vorbereitung der Aufstellung des Haushaltsplans,
4. Vorbereitung der Aufstellung des Stellenplans,
5. Beschlussempfehlung an den Vorstand über die Ernennung, Beförderung, Versetzung, Abordnung und Entlassung von Beamtinnen/Beamten und Dienstordnungsangestellten ab Besoldungsgruppe A 13 hD sowie über die Einstellung, Eingruppierung und Kündigung von Angestellten ab Vergütungsgruppe E 13 entsprechend TVöD/BG-AT auf Vorschlag der Spartengeschäftsführerin/des Spartengeschäftsführers der Sparte „Post, Postbank, Telekom“,
6. Beschlussempfehlung an den Vorstand über die Umlagen der Berufsgenossenschaft (§ 152 SGB VII),
7. Beschlussempfehlung an den Vorstand über die Erhebung von Beitragsvorschüssen (§ 164 SGB VII),
8. Beschlussempfehlung an den Vorstand über die Bestellung der Mitglieder der Rentenausschüsse (§ 36a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, Absatz 2 Satz 1 SGB IV),
9. Beschlussempfehlung an den Vorstand über die Einrichtung und Verwaltung eines Sondervermögens zur Finanzierung von Altersrückstellungen der Sparte

„Post, Postbank, Telekom“,

10. Vorbereitung der Beschlussfassung des Vorstandes über die Veräußerung von Grundstücken sowie über die genehmigungsbedürftigen und anzeigepflichtigen Vermögensanlagen (§ 85 Absatz 1 und 5 SGB IV),
11. Beschlussempfehlung über spartenspezifische Angelegenheiten der Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren,
12. Beschlussempfehlung über den Erlass spartenspezifischer Richtlinien, Regeln, Leitfäden und Informationsschriften der Prävention,
13. Entscheidung über die Belohnung für die Rettung aus Unfallgefahr, soweit spartenspezifische Ereignisse zugrunde liegen,
14. Beschlussempfehlung an den Vorstand in spartenspezifischen Angelegenheiten,
15. Beschlussfassung über Angelegenheiten, die die Spartengeschäftsführerin/der Spartengeschäftsführer dem Spartenbeirat vorlegt, soweit nicht für diese Angelegenheiten die Zuständigkeit des Vorstandes begründet ist,
16. Beschluss über Angelegenheiten, die den Bestand der Sparte „Post, Postbank, Telekom“ betreffen,
17. Beschlussempfehlung an den Präventionsausschuss über die Berufung der Mitglieder des Präventionsfachausschusses für Post, Postbank, Telekom.

§ 89 Abstimmungen

(1) Beschlüsse der Vertreterversammlung, die von Beschlüssen der Spartenversammlung abweichen sollen, und Beschlüsse des Vorstandes, die von Beschlüssen des Spartenbeirates abweichen sollen, bedürfen einer 2/3-Mehrheit.

(2) Beschlüsse der Vertreterversammlung, die den Bestand der Sparte „Post, Postbank, Telekom“ betreffen, bedürfen der Zustimmung der Spartenversammlung und des Spartenbeirates der Sparte „Post, Postbank, Telekom“. Beschlüsse der Vertreterversamm-

Abschnitt XIII

lung, die den Fahrertarif, die Umlage oder den Haushalt der Sparte „Post, Postbank, Telekom“ betreffen, bedürfen einer 2/3-Mehrheit in der Vertreterversammlung.

§ 90 Präventionsfachausschuss für Post, Postbank, Telekom

(1) Der Präventionsausschuss richtet einen Präventionsfachausschuss für Post, Postbank, Telekom ein.

(2) Der Präventionsfachausschuss für Post, Postbank, Telekom setzt sich aus jeweils vier Vertreterinnen/Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber zusammen. Jede Gruppe hat jeweils vier Stellvertreterinnen/Stellvertreter. Die Mitglieder des Präventionsfachausschusses und ihre Stellvertreterinnen/Stellvertreter werden vom Präventionsausschuss auf Vorschlag des Spartenbeirats berufen.

(3) Bei Bedarf kann der Präventionsfachausschuss für Post, Postbank, Telekom weitere Personen zur Beratung hinzuziehen und Projektausschüsse bilden.

(4) Die Geschäftsordnung der Vertreterversammlung ist entsprechend anzuwenden.

(5) Der Präventionsfachausschuss berät den Präventionsausschuss, die Spartenversammlung, den Spartenbeirat und die Spartenführerin/den Spartenführer bei der Erstellung, Auslegung und Umsetzung des autonomen Unfallversicherungsrechts sowie die Spartenführerin/den Spartenführer bei der Wahrnehmung der der Berufsgenossenschaft übertragenen Präventionsaufgaben.

§ 91 Anwendbare Vorschriften

Im Übrigen gelten die Vorschriften des II. Abschnitts der Satzung – Verfassung – entsprechend.

Zweiter Unterabschnitt

Übergangsregelungen nach Artikel 2 Abschnitt 4 § 13 BUK-NOG i. V. m. § 118 Absatz 1 Satz 4 und Satz 6 sowie Absatz 4 Satz 1 SGB VII über die Gefahrtarif- und Beitragsgestaltung

§ 92 Gefahrtarif

(1) Der am 1. Januar 2011 in Kraft getretene 24. Gefahrtarif der Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft gilt für den Zuständigkeitsbereich der ehemaligen Berufsgenossenschaft für Fahrzeughaltungen fort. Für die Unternehmen im Zuständigkeitsbereich der ehemaligen See-Berufsgenossenschaft gilt die bisherige Beitragsgestaltung fort.

Sofern bis zum 1. Januar 2017 kein gemeinsamer Gefahrtarif für die Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation oder für deren Zuständigkeitsbereiche der ehemaligen Berufsgenossenschaft für Fahrzeughaltungen und der ehemaligen See-Berufsgenossenschaft beschlossen wurde, setzt die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation im bisherigen Zuständigkeitsbereich der Berufsgenossenschaft für Fahrzeughaltungen einen weiteren Gefahrtarif fest.

Sofern bis zum 1. Januar 2022 kein gemeinsamer Gefahrtarif beschlossen wurde, setzt die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation im bisherigen Zuständigkeitsbereich der Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft einen weiteren Gefahrtarif fest.

(2) Der am 1. Januar 2012 in Kraft getretene Gefahrtarif der Unfallkasse Post und Telekom gilt für den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Unfallkasse Post und Telekom fort.

(3) Sofern bis zum 1. Januar 2018 kein gemeinsamer Gefahrtarif beschlossen wurde, setzt die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation (auf Vorschlag der Spartenversammlung) im bisherigen Zuständigkeitsbereich der Unfallkasse Post und Telekom einen weiteren Gefahrtarif fest.

Sofern bis zum 1. Januar 2024 kein gemeinsamer Gefahrtarif beschlossen wurde, setzt die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation im bisherigen Zuständigkeitsbereich der Unfallkasse Post und Telekom einen weiteren Gefahrtarif fest.

Abschnitt XIII

(4) Eigene Gefahrtarife für den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft und für den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Unfallkasse Post und Telekom werden längstens bis zum 31. Dezember 2027 festgesetzt. Dabei wird für die Unternehmen der Seefahrt die bisherige Beitragsgestaltung gemäß §§ 154 Absatz 2, 157 Absatz 1 Satz 3 SGB VII in der Fassung vom 1. Januar 2016 längstens bis zum 31. Dezember 2021 fortgeführt; Kauffahrtei und Fischerei werden grundsätzlich gemeinsam veranlagt.

(5) Ein gemeinsamer Gefahrtarif ist vor dem 1. Januar 2028 möglich, jedoch bedarf die Festsetzung eines gemeinsamen Gefahrtarifs vor dem 1. Januar 2024 einer 2/3-Mehrheit in der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation.

§ 93

Verteilung der Lasten und Umlage

(1) Bis zur Einführung einer gemeinsamen Umlage werden die von der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation nach §§ 176 ff. SGB VII zu tragenden Renten- und Rehabilitationslasten sowie die anteiligen Verwaltungs- und Verfahrenskosten intern auf die bisherigen Zuständigkeitsbereiche der Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft und der Unfallkasse Post und Telekom in dem Verhältnis verteilt, das dem jeweiligen Anteil an der Summe der Struktur- und Überalllasten entspricht, die sich ergeben würden, wenn eine Vereinigung nicht stattgefunden hätte.

(2) Für den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Unfallkasse Post und Telekom gilt die stufenweise Beteiligung nach § 220 Absatz 4 SGB VII.

(3) Bis zum Zeitpunkt der gemeinsamen Umlageerhebung haben die Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft und die Sparte „Post, Postbank, Telekom“ Altersrückstellungen nach §§ 172 c i. V. m. 219 a SGB VII entsprechend der „Verordnung zur Bildung von Altersrückstellungen durch die gesetzlichen Unfallversicherungsträger (UV-Alt-RückV)“ zu bilden für die beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation. Diese sind jeweils anteilig proportional pro Jahr zu ihrer Versorgungslast von der bisherigen Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft und der bisherigen Unfallkasse Post und Telekom aufzubauen.

Die Versorgungslast umfasst die jeweils von der Berufsgenossenschaft für Transport und

Verkehrswirtschaft und der Sparte „Post, Postbank, Telekom“ zu tragenden Aufwendungen, zum einem für die den Dienstordnungsangestellten und Hinterbliebenen zukünftig nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen zu gewährenden Versorgungsleistungen und Beihilfen, zum anderen für unmittelbar den Tarifbeschäftigten zugesagte Leistungen der betrieblichen Altersversorgung. Die Unfallversicherungsträger tragen die zukünftige Versorgungslast für diejenigen Beschäftigten, mit denen zum 31. Dezember 2015 ein Arbeitsverhältnis zum jeweiligen Unfallversicherungsträger besteht oder die im Wege der Abordnung dem Unfallversicherungsträger zur Verfügung gestellt worden sind.

(4) Die Sparte „Post, Postbank, Telekom“ bildet für die Beamtinnen und Beamten der Unfallkasse Post und Telekom eine Versorgungsrücklage nach § 14a Bundesbesoldungsgesetz i. V. m. dem Versorgungsrücklagegesetz. Darüber hinaus bildet die Sparte „Post, Postbank, Telekom“ ab 1. Januar 2016 gemäß § 12 der Sozialversicherungs-Rechnungsverordnung (SVRV) Altersrückstellungen und Deckungskapital für die Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten der Unfallkasse Post und Telekom nach Maßgabe der UV-Alt-RückV. Ab dem Jahr 2030 sollen die Altersversorgungsausgaben aus dem Deckungskapital finanziert werden (vgl. § 219 a Absatz 3 SGB VII). Die bereits angesparten Mittel sind bei der Berechnung der Umlageanteile entsprechend zu berücksichtigen.

(5) Für die bisherigen Zuständigkeitsbereiche der Unfallversicherungsträger werden mindestens bis zum Zeitpunkt des gemeinsamen Gefahrtarifs, längstens bis zum 31. Dezember 2027, die Beiträge und Vorschüsse jeweils im Wege getrennter Umlagen nach §§ 152 ff. SGB VII erhoben.

Dazu stellt der Vorstand der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation für jeden dieser Zuständigkeitsbereiche den jährlichen Finanzbedarf (Umlagesoll) für die Umlagen gesondert und unabhängig von dem Finanzbedarf des anderen Zuständigkeitsbereichs fest.

Der Berechnung der jeweiligen Umlageanteile sind insbesondere die in den Absätzen 1 bis 4 genannten Aufwendungen mit zugrunde zu legen. Das Vermögen der Unfallversicherungsträger ist bei der Berechnung der jeweiligen Umlagen zu berücksichtigen.

(6) Die Aufhebung der getrennten Umlagen nach Absatz 5 bedarf eines Beschlusses der Vertreterversammlung. Die Aufhebung der getrennten Umlagen vor dem 1. Januar 2024 bedarf einer 2/3-Mehrheit in der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation.

**§ 94
Nachlässe**

(1) Unterschreiten die für ein Unternehmen nach § 121 Absatz 2 Nummer 3 bis 8 SGB VII pro Versicherten im Umlagejahr für in diesem Zeitraum eingetretene Versicherungsfälle aufgewendeten Leistungen die für die Tarifstelle pro Versicherten im Umlagejahr für diesen Zeitraum eingetretenen Versicherungsfälle aufgewendeten Leistungen, so wird bei der Beitragsberechnung der Beitrag in diesem Verhältnis ermäßigt, jedoch höchstens um 25 vom Hundert.

(2) Bei der Nachlassberechnung bleiben Wegeunfälle (§ 8 Absatz 2 Nummer 1 bis 4 SGB VII) außer Ansatz (§ 162 Absatz 1 Satz 2 und 3 SGB VII).

(3) § 94 Absatz 1 und 2 gilt als Übergangsregelung zu § 31 während der Dauer der Spartenorganisation ausschließlich für den Zuständigkeitsbereich der bisherigen Unfallkasse Post und Telekom.

**§ 95
Zugehörigkeit zu einem der bisherigen Zuständigkeitsbereiche**

(1) Im Zeitraum getrennter Umlagen stellt die Berufsgenossenschaft für ein neu aufzunehmendes Unternehmen auch die Zugehörigkeit zu einem der bisherigen Zuständigkeitsbereiche der Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft oder der Unfallkasse Post und Telekom durch schriftlichen Bescheid gegenüber dem Unternehmen fest.

(2) Der bisherige Zuständigkeitsbereich der Unfallkasse Post und Telekom nach § 121 Absatz 2 Nummer 3 bis 8 SGB VII bleibt unberührt.

**§ 96
Vermögen**

Für die Zeit getrennter Umlagen bleiben die Vermögen der bisherigen Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft und der Unfallkasse Post und Telekom buchhalterisch dem bisherigen jeweiligen Zuständigkeitsbereich zugeordnet.

Dritter Unterabschnitt

Übergangsregelungen nach Artikel 2 Abschnitt 1 § 3 Absatz 2, Abschnitt 2 § 8 BUK-NOG i. V. m. § 118 Absatz 1 Satz 5 SGB VII zur Geschäftsführung der Berufsgenossenschaft

§ 97 Geschäftsführung

- (1) Auf Vorschlag des Vorstandes wählt die Vertreterversammlung eine Spartengeschäftsführerin/einen Spartengeschäftsführer für die Sparte „Post, Postbank, Telekom“, die/der für die Zeit des Bestehens der Sparte die Belange der Sparte als Mitglied der Geschäftsführung vertritt.
- (2) Die Spartengeschäftsführerin/der Spartengeschäftsführer nimmt die nach Artikel 2 Abschnitt 1 § 5 Absatz 1, Abschnitt 4 § 15 Satz 1 BUK-NOG übertragenen Aufgaben wahr.
- (3) Die Geschäftsführung gibt sich eine Geschäftsordnung.

Abschnitt XIV

Schlussbestimmungen

§ 98 Veröffentlichungen

- (1) Das autonome Recht und die übrigen Bekanntmachungen der Berufsgenossenschaft werden mit Ausnahme der Regelung des Dienstrechts und der Entschädigung der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane im Internet auf der Homepage der Berufsgenossenschaft öffentlich bekannt gemacht (§ 34 Absatz 2 SGB IV). Die Bekanntmachungen gelten mit Ablauf des ersten Tages der Veröffentlichung im Internet unter www.bg-verkehr.de als vollzogen.

Der Satzungstext wird mit Genehmigungsformel dauerhaft eingestellt. Der Zeitpunkt des Erstellens wird dokumentiert.

- (2) Dienstrechtliche Regelungen, insbesondere die Dienstordnung und die sie ergänzenden Vorschriften sowie Entschädigungsregelungen für die Mitglieder der Selbstver-

Abschnitt XIII

waltungsorgane, werden durch öffentlichen Aushang an den Bekanntmachungstafeln in den Geschäftsräumen der Hauptverwaltung und den Bezirksverwaltungen der Berufsgenossenschaft öffentlich bekannt gemacht.

(3) Bis zur Auflösung der Sparte „Post, Postbank, Telekom“ werden die unter Absatz 2 genannten Regelungen zusätzlich durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln in den Geschäftsräumen der Spartenstandorte Tübingen, Berlin und Darmstadt öffentlich bekannt gemacht.

§ 99 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Wirkung zum 1. Januar 2016 in Kraft.

**Anlage zu § 27 Absatz 7 der Satzung der Berufsgenossenschaft
Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation**

Die Beiträge für die nach § 2 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 Nummer 3 SGB VII Versicherten werden nach der Zahl der Versicherten unter Berücksichtigung der Gefährdungsrisiken berechnet. Grundlage für die Berechnung der Beiträge sind die Leistungsaufwendungen pro Versicherten zuzüglich der prozentual auf die Versichertenart entfallenden Verwaltungskosten. Die Kopfzahl pro Versichertenart nach § 2 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 Nummer 3 SGB VII zur Berechnung der Versicherten (Köpfe) pro Jahr richtet sich nach der Anzahl der gemeldeten Versicherten im Verhältnis 1:1.

Die Berechnungsgrundlage für die Beiträge der nach § 2 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 Nummer 3 SGB VII Versicherten stellt sich wie folgt dar:

durchschnittliche Unfallhäufigkeit
pro 1.000 Versicherte pro Jahr

= durchschnittliche Unfallhäufigkeit
pro 1.000 Ehrenamtliche

20,9 (Versicherungstage Ehrenamtliche)

durchschnittliche Unfallhäufigkeit pro 1.000 Ehrenamtliche x Anzahl der Ehrenamtlichen
x Leistungsaufwand pro Versicherten reduziert auf das Wege- und Betriebswegerisiko =
jährliche Gesamtkosten

jährliche Gesamtkosten

= Kosten pro Versicherungsfall

Anzahl der Ehrenamtlichen

Kosten pro Versicherungsfall + Verwaltungskostenanteil = Beitrag pro ehrenamtlich
Versicherten

Beschlossen von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation in Hamburg in ihrer Sitzung am 12. Januar 2016.

gez. Ulrich Bönders, Vorsitzender der Vertreterversammlung

Genehmigung

Die vorstehende, von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation beschlossene Satzung wird gemäß § 34 Absatz 1 Satz 2 SGB IV i.V.m. Artikel 2 Abschnitt 1 § 3 Absatz 2 BUK-NOG genehmigt.

Bonn, den 20. Januar 2016
421 69330.0 - 4886/2013

Bundesversicherungsamt, Im Auftrag, gez. Meurer

1. Nachtrag zur Satzung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation

1. Die Änderungen zu Artikel I treten am 1. Januar 2017 in Kraft.
2. Artikel I Nr. 3 tritt am 31. Dezember 2018 außer Kraft.

Beschlossen von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation in ihrer Sitzung am 24. November 2016 in Köln.

gez. Prof. Dr. Rachow
Vorsitzender der Vertreterversammlung

Genehmigung

Der vorstehende, von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation am 24. November 2016 beschlossene 1. Nachtrag zur Satzung vom 12. Januar 2016 wird gemäß § 34 Abs. 1 Satz 2 SGB IV i.V.m. § 114 Abs. 2 Satz 1 SGB VII genehmigt.

Bonn, den 14. Dezember 2016, 415 – 69330.00 – 2533/2016
Bundesversicherungsamt, im Auftrag, gez. Meurer

**2. Nachtrag zur Satzung der Berufsgenossenschaft
Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation**

Die Änderungen zu Artikel I treten am 1. Januar 2018 in Kraft.

Beschlossen von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation in ihrer Sitzung am 23. November 2017 in Hamburg.

gez. Bönders
Vorsitzender der Vertreterversammlung

Genehmigung

Der vorstehende, von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation am 23. November 2017 beschlossene 2. Nachtrag zur Satzung vom 12. Januar 2016 wird gemäß § 34 Abs. 1 Satz 2 SGB IV i.V.m. § 114 Abs. 2 Satz 1 SGB VII genehmigt.

Bonn, den 20. Dezember 2017, 415 – 69330.00 – 2307/2017
Bundesversicherungsamt, im Auftrag, gez. Meurer

**3. Nachtrag zur Satzung der Berufsgenossenschaft
Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation**

Die Änderungen zu Artikel I treten am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Beschlossen in der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation am 9. Mai 2018.

gez. Bönders
Vorsitzender der Vertreterversammlung

Genehmigung

Der vorstehende, von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation am 9. Mai 2018 beschlossene 3. Nachtrag zur Satzung wird gem. § 34 Abs. 1 Satz 2 SGB IV i.V.m. § 114 Abs. 2 Satz 1 SGB VII genehmigt.

Bonn, 2. Juli 2018, 415 – 69330.00 – 972/2018
Bundesversicherungsamt, im Auftrag, gez. Meurer 4. Nachtrag zur Satzung der Berufsgenossenschaft

4. Nachtrag zur Satzung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation

Die Änderungen zu Artikel I treten am 1. Januar 2019 in Kraft.

Beschlossen von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation am 6. Dezember 2018.

gez. Witzke
Vorsitzender der Vertreterversammlung

Genehmigung

Der vorstehende, von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation am 6. Dezember 2018 beschlossene 4. Nachtrag zur Satzung wird gem. § 34 Abs. 1 Satz 2 SGB IV i.V.m. § 114 Abs. 2 Satz 1 SGB VII genehmigt.

Bonn, 17. Dezember 2018, 415 – 69330.00 – 2662/2018
Bundesversicherungsamt, im Auftrag, gez. Meurer

5. Nachtrag zur Satzung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation

Die Änderungen zu Artikel I treten am 1. Januar 2020 in Kraft.

Beschlossen von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation am 5. Dezember 2019.

gez. Bönders
Vorsitzender der Vertreterversammlung

Genehmigung

Der vorstehende, von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation am 5. Dezember 2019 beschlossene 5. Nachtrag zur Satzung wird gem. § 34 Abs. 1 Satz 2 SGB IV i.V.m. § 114 Abs. 2 Satz 1 SGB VII genehmigt.

Bonn, 12. Dezember 2019, 415 – 69330.00 – 2397/2019
Bundesversicherungsamt, im Auftrag, gez. Meurer

**6. Nachtrag zur Satzung der Berufsgenossenschaft
Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation**

Die Änderungen zu Artikel I treten am 1. Januar 2022 in Kraft.

Beschlossen von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation im schriftlichen Umlaufverfahren am 17.12.2021.

gez. Bönders
Vorsitzender der Vertreterversammlung

Genehmigung

Der vorstehende, von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation im schriftlichen Verfahren am 17. Dezember 2021 beschlossene 6. Nachtrag zur Satzung wird gem. § 34 Abs. 1 Satz 2 SGB IV i.V.m. § 114 Abs. 2 Satz 1 SGB VII genehmigt.

Bonn, 27. Dezember 2021, 415 – 69330.00 – 1857/2021
Bundesamt für Soziale Sicherung, im Auftrag, gez. Meurer

**7. Nachtrag zur Satzung der Berufsgenossenschaft
Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation**

Die Änderungen zu Artikel I treten am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Beschlossen im schriftlichen Abstimmverfahren der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation.

gez. Bönders
Vorsitzender der Vertreterversammlung

Genehmigung

Der vorstehende, von der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation im schriftlichen Umlaufverfahren beschlossene 7. Nachtrag zur Satzung wird gem. § 34 Abs. 1 Satz 2 SGB IV i.V.m. § 114 Abs. 2 Satz 1 SGB VII und § 90 Abs. 1 SGB IV genehmigt.

Bonn, 23. Dezember 2021, 112 – 69330.0 – 2574/2014
Bundesamt für Soziale Sicherung, im Auftrag, gez. Popoff

8. Nachtrag zur Satzung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation

Die Änderungen zu Artikel I treten am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Beschlossen in der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation am 08.12.2022.

gez. Witzke
Vorsitzender der Vertreterversammlung

Genehmigung

Der vorstehende, von der Vertreterversammlung mit Sitzung vom 8. Dezember 2022 beschlossene 8. Nachtrag zur Satzung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation wird gem. § 34 Abs. 1 Satz 2 SGB IV i.V.m. § 114 Abs. 2 Satz 1 SGB VII und § 90 Abs. 1 SGB IV genehmigt.

Bonn, 23. Dezember 2022, 112 – 10502#00012#0001
Bundesamt für Soziale Sicherung, im Auftrag, gez. Kost

Herausgeber

Berufsgenossenschaft
Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation
Ottenser Hauptstraße 54
22765 Hamburg

Stand: Dezember 2022 in der Fassung des 8. Nachtrages

Berufsgenossenschaft
Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation
Ottenser Hauptstraße 54
22765 Hamburg

